

ARMIN LASCHET IM INTERVIEW

**„Klare Kante bei
innerer Sicherheit“**

ÖKO-LANDWIRTSCHAFT

**Warum Bio nicht
(automatisch) besser ist**

PARTEITAG IN LEIPZIG

CDU wagt mehr Marktwirtschaft

Deutschlands starke Mitte.

CDU

32. Parteitag der CDU Deutschlands



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

GTAI GERMANY
TRADE & INVEST

BEREIT FÜR NEUE MÄRKTE

Neue Perspektiven im
Auslandsgeschäft entdecken

Unser Service für Sie:

- Expertenanalysen zu Märkten weltweit
- Geschäftspraktische Informationen für Ihr Exportgeschäft
- Ihr Weg zu internationalen Ausschreibungen

Mehr Informationen finden
Sie auf www.gtai.de



CDU entdeckt die fleißige Mitte wieder

*Liebe Lesenden
und Les,*

eines stand schon vorher fest: Leipzig 2019 ist nicht Leipzig 2003. 16 Jahre nach dem legendären Reform-Parteitag können wir trotzdem mit Fug und Recht behaupten: Vieles, was die CDU auf ihrem 32. Parteitag Ende November in Leipzig beschlossen hat, ist MIT pur.

Vor allem durch unsere Mitwirkung waren im Leitartikel zur „Sozialen Marktwirtschaft von Morgen“ bereits zentrale MIT-Forderungen enthalten. Die CDU spricht sich für eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung mit einer Deckelung der Steuerlast auf 25 Prozent aus. Um die Bedeutung des Mittelstandes in den Mittelpunkt zu stellen, sollen bürokratische Hemmnisse abgebaut und Personenunternehmen mit Kapitalgesellschaften steuerlich gleichgestellt werden. Auch die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital- gegenüber Fremdkapitalfinanzierung, die vor allem Neugründungen betrifft, soll abgebaut werden.

Darüber hinaus spricht sich die CDU für ein Steuerentlastungspaket aus, das alle Komponenten des MIT-Steuermodells aufgreift. Der Mittelstandsbauch soll abgeflacht werden, der Spitzensteuersatz von 42 Prozent soll später greifen und der Werbungskostenpauschbetrag sowie der Kinderfreibetrag sollen erhöht werden. Ebenso wurden unsere Anträge zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags, zur deutlichen Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,5 auf 2,0 Prozent sowie zur Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes mit Mehrheit angenommen. Auf unseren Antrag hin wurde zudem die Grundrente an harte Bedingungen geknüpft (alle MIT-Erfolge finden Sie ab S. 28). Damit ist klar: Die CDU steht für eine Stärkung der Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft, für einen gerechten Sozialstaat und für solide Finanzen ein. Die CDU zeigt zudem den klaren Willen, eine Erkennungsmelodie zu entwickeln, die aufzeigt, wofür wir stehen und wofür nicht.

Für uns als MIT beginnt die eigentliche Arbeit erst jetzt. Wir müssen darauf drängen, dass unsere Parteitagsbe-



schlüsse gelten und auch umgesetzt werden. Wir müssen darauf achten, dass unsere Ziele jetzt nicht auf dem Altar des Koalitionserhalts geopfert werden, nur um die SPD an Bord zu halten. Es kann nicht sein, dass die SPD immer wieder neue Forderungen stellt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, nach der Hälfte der Regierungszeit Bilanz zu ziehen und „aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben“ zu vereinbaren. Damit kann jedoch nicht gemeint sein, die schwarze Null infrage zu stellen oder plötzlich einen politischen statt einen tariflich ausgehandelten Mindestlohn einzuführen. Parteitaktische Spielchen sind jetzt fehl am Platz. Es kann allenfalls darum gehen, angesichts neuer globaler Herausforderungen Zukunftsprojekte anzupacken, die beide Partner, Union und SPD, wollen. Ein Beispiel dafür kann der 12-Punkte-Plan zur Beschleunigung nationaler Infrastrukturprojekte sein (siehe S. 16 – 18). Ein wochenlanges Neuverhandeln und Infragestellen vereinbarter Positionen im Koalitionsvertrag kann jedoch niemand wollen.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Fotos: Marcoz811, FrankBoson/dobe.stock.com

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Laurence Chaperon

Druckauflage
4. Quartal/2019:
26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Werbebeilage der Firma Pro Idee GmbH & Co. KG bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

MIT:EDITORIAL

CDU entdeckt die fleißige Mitte wieder 3
von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE
Meinungsfreiheit heißt auch Meinungsverantwortung 8
Von Jochen Bittner
Der Denkfehler der Generation Twitter besteht darin zu glauben, bestimmte Meinungen schon im Ansatz ersticken zu müssen.

MIT:TITEL
Ökologische Landwirtschaft Warum Bio nicht (automatisch) besser ist 10
Bioprodukte sollen gesünder sein und die Umwelt weniger belasten. Neue Studien kommen aber zu dem Schluss, dass der Ökolandbau klimaschädlicher sein kann als die ökologische Landwirtschaft.

Langwierige Planverfahren
Wie kann wieder schneller gebaut werden? 16
Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauprojekte ziehen sich in Deutschland oft über Jahre hin. Mit einem 12-Punkte-Plan wollen CDU und MIT schnelleres Planen und Bauen ermöglichen.

MIT:INTERVIEW

Armin Laschet
"Klare Kante bei der inneren Sicherheit" 19
NRW-Ministerpräsident und CDU-Vize Armin Laschet fordert die Union zu einem klareren Kurs bei der inneren Sicherheit auf. Im Interview spricht er über die Null-Toleranz-Politik seiner Landesregierung, die Klimapolitik, den CDU-Parteitag und die Kanzlerfrage.





MIT:ERKLÄRT

Ungewohnt, aber möglich **Wie funktioniert eine Minderheitsregierung?**

Nicht nur auf Landes-, auch auf Bundesebene wurden bereits Minderheitsregierungen gebildet. Meist hielten sie nur wenige Wochen. Doch diese Konstellation bietet auch Chancen.

24

MIT:DEBATTE

Pro & Contra **Sind Albanien und Nordmazedonien reif für die EU?**

Matthias Wilkes und Michael Brand diskutieren.

26



MIT:FAKTEN

6, 9

Die Verwaltungsausgaben für die Sozialleistungen sind stark gestiegen, das Rentensystem gerät unter Druck und die Bürger wünschen sich mehr digitale Verwaltung.

MIT:INSIDE

CDU-Parteitag beschließt
MIT-Reformanträge **28**

Deutscher Mittelstandspreis und
Parlamentarischer Abend
der MIT 2019 **32**

EU-Check **34**

Neumitglieder **37**

Mitgliederstatistik **38**





Der gute Ruf der Familienunternehmen

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn hat in einer Studie die unternehmerischen Zielsysteme von Familienunternehmen und nicht-mittelständischen Unternehmen miteinander verglichen. Wichtigstes Ergebnis: Der Ruf des Mittelstands als Rückgrat der

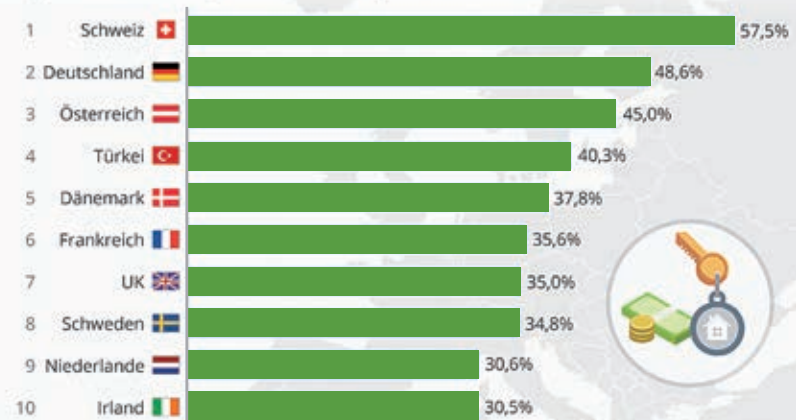
Wirtschaft ist gerechtfertigt. Familienunternehmer stufen ihre Unabhängigkeit, die Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter, den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ökologische Ziele häufiger als „sehr wichtige Unternehmensziele“ ein als Führungskräfte in nicht-mittelständischen Unternehmen. Bereits vor einigen Jahren hatte das IfM nachgewiesen, dass die großen Familienunternehmen im Gegensatz zu den großen nicht-mittelständischen Unternehmen trotz Umsatzeinbußen im weltweiten Krisenjahr 2009 weitestgehend auf Personalabbau verzichteten. Hierdurch trugen sie entscheidend zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland bei.

Deutschland ist besonders mietaffin

48,6 Prozent der Deutschen wohnen laut Angaben des EU-Statistikamts Eurostat zur Miete. Mehr sind es prozentual nur in der Schweiz. Aber auch Österreicher sind deutlich mietaffiner als der europäische Durchschnitt, wie die Grafik zeigt. Den niedrigsten Anteil verzeichnet Rumänien mit nur drei Prozent. Für die niedrige Eigentümer-Quote im deutschsprachigen Raum wird neben der historischen Entwicklung (die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges führten zu massenhaften Mietwohnungsbau) auch der hohe Mieterschutz als Grund angenommen. Damit sich in Deutschland zukünftig mehr Menschen Wohneigentum leisten können, drängt die Unionsfraktion im Bundestag vor allem darauf, dass mehr Bauland erschlossen wird.

Der DACH-Raum ist besonders mietaffin

Top 10 Länder in Europa nach Bevölkerungsanteil, der zur Miete wohnt



Stand: 2017 oder aktuellster verfügbarer Wert
Quelle: Eurostat

statista

Digitalwährungen noch keine Alternative



Vor gut zehn Jahren wurde mit dem Bitcoin die erste populäre Kryptowährung aus der Taufe gehoben. Neben ihm existieren heute zahlreiche ähnliche Konstruktionen. Eine Umfrage der ING-Bank in 13 europäischen Ländern sowie Australien und den USA zeigt allerdings, dass Digitalwährungen für die Verbraucher noch keine Alternative sind. Weniger als ein Drittel der europäischen Verbraucher teilt die Einschätzung, dass digitale Währungen die Zukunft beim Bezahlen im Internet sind – in Deutschland sogar nur weniger als ein Viertel. Aber auch Anbieter aus dem Technologiesektor werden nicht als vertrauenswürdige Partner für den Zahlungsverkehr angesehen. Zwei Drittel der europäischen Verbraucher können sich nicht vorstellen, Freunden oder Verwandten Geld über Social-Media-Kanäle zukommen zu lassen.

Fotos: stock.adobe.com

Abbildung 3

Lebenszufriedenheit in Deutschland – Deutschlandkarte 2019

Glückliche Bundesbürger

Der Glücksatlas 2019 der Deutschen Post bringt es an den Tag: Noch nie war die Lebenszufriedenheit der Deutschen so hoch wie in diesem Jahr. Sie liegt aktuell bei 7,14 Punkten auf einer Skala von 0 bis 10. Damit wird das Ergebnis von 7,05 Punkten aus dem Vorjahr um 0,09 Punkte verbessert. Das ostdeutsche Glücksniveau stieg sogar um 0,11 Punkte auf das Allzeithoch von 7,0 Punkten – der höchste Wert, der jemals seit dem Mauerfall vor 30 Jahren gemessen wurde. Der Glücksabstand zwischen West- und Ostdeutschland verringerte sich weiter auf aktuell 0,17 Punkte. An der Spitze des regionalen „Glücksrankings“ steht unangefochten Schleswig-Holstein, das Schlusslicht bildet erneut Brandenburg. Als Gründe für die Entwicklung werden die anhaltend gute Beschäftigungssituation, die positive Entwicklung der Haushaltseinkommen sowie mehr familienfreundliche Angebote der Arbeitgeber genannt.

Die glücklichsten Deutschen leben in Schleswig-Holstein. Insgesamt gilt: Die Menschen im Westen sind im Schnitt immer noch etwas glücklicher als jene im Osten.



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP v34 (2015 bis 2017) sowie Institut für Demoskopie Allensbach 4ID-Umfragen 11009/06/71/72, 11003/04/85/86 sowie 12001/02/03/04.
Anmerkung: Siehe «Wie entsteht der Regionenvergleich 2019?».

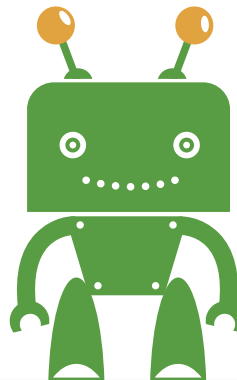
Bürger wollen mehr digitale Verwaltung

Viele Bundesbürger empfinden die digitalen Dienste der Verwaltung in Deutschland, wie etwa die elektronische Steuererklärung Elster, als wenig fortschrittlich und nur schwer zu bedienen. Besonders schlecht schneiden Polizei und Justiz ab, wenn es darum geht, Gebühren zu bezahlen oder Anzeigen über das Internet zu erstatten. Nur 26 Prozent sind damit zufrieden. Bessere Digitalzugänge wünschen sich die Deutschen auch bei der Arbeitssuche. Bei Gesundheit und sozialer Absicherung zeigen sich 40 Prozent der Bürger zufrieden mit den digitalen Zugängen. Grundsätzlich möchten 78 Prozent der Deutschen gerne online oder mobil am Smartphone wichtige Behördengänge erledigen. Mehr als die Hälfte wünscht sich beispielsweise, Dokumente wie den Personalausweis online beantragen zu können. Jeder Dritte will seine steuerlichen Angelegenheiten über das Internet regeln und fällige Beträge auf diesem Wege gleich bezahlen. Zu diesen Ergebnissen kommt das „Digital Government Barometer 2019“ von Sopra Steria, einer europäischen Management- und Technologieberatung. 999 Bundesbürger wurden dafür befragt.

KI in der Landwirtschaft

Die Mehrheit der Deutschen (67 Prozent) sieht im Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in der Landwirtschaft einen Garanten für mehr Nachhaltigkeit. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Civey im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Befürwortung der Technologie ist besonders hoch, wenn es um die Einsparung chemischer Pflanzenschutzmittel geht:

86 Prozent sprechen sich hier für einen KI-Einsatz aus. Eine Mehrheit der Befragten ist allerdings skeptisch, ob diese Potenziale heute schon genutzt werden. So glauben 60 Prozent der Bundesbürger, dass KI in der täglichen Arbeit der meisten Landwirte bisher noch eine untergeordnete Rolle spielt.



„Angezählt“



Die Verwaltungsausgaben für die Sozialleistungen in Deutschland haben sich von 1970 bis 2018 um fast 1.180 Prozent erhöht. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wuchs im gleichen Zeitraum aber nur um rund 840 Prozent. Das zeigen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die Verwaltungsausgaben legten also um etwa 40 Prozent stärker zu, als es allein auf Basis der Wirtschaftsleistung zu erwarten gewesen wäre. Im Jahr 2018 beliefen sich die Ausgaben für Sozialleistungen in Deutschland Schätzungen zufolge auf rund 996 Milliarden Euro.

Meinungsfreiheit heißt auch Meinungsverantwortung

Von
Jochen Bittner



Jochen Bittner (46) ist Redakteur der ZEIT. Der promovierte Jurist leitet dort seit September das neue Ressort „Streit“. Darüber hinaus ist er Gastautor der New York Times. Im März erschien sein Buch „Zur Sache, Deutschland! Was die zerstrittene Republik wieder eint.“

Es ist ein einfacher Satz. Wohl deswegen hat er im stolzen Alter von 70 Jahren so viele Missverständnisse erzeugt. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. So steht es im Grundgesetz. Darüber, was das heißt, scheinen die Deutschen so uneinig wie vielleicht noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. Die einen glauben, man dürfe kaum noch sagen, was man denke. Die anderen finden, es werde plötzlich viel zu viel sagbar und warnen: Hass sei keine Meinung.

Warum geht es in Sachen freier Rede plötzlich wieder ums Grundsätzliche? Weil sich die Deutschen, kurz gesagt, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht klar gemacht haben, auf welcher unterschiedlichen Meinungsfreiheitsschulen sie gegangen sind.

Die Trennlinien zwischen diesen Schulen ziehen sich entlang einer Ost-West- und entlang einer Jung-Alt-Linie durchs Land. Zugespißt gesagt, wähen die einen, nennen wir sie die Generation Trabant, eine leise Wiederauferstehung der DDR, während die anderen, nennen wir sie die Generation Twitter, eine Neo-Akzeptanz des völkischen Denken der Nazis befürchten. Tragischerweise rasseln diese beiden Ängste andauernd aneinander und verstärken sich dadurch – bis hinein in eine regelrechte Bürgerkriegsmentalität. Und der Staat? Er schaut zu, statt die Eskalation dort zu bremsen, wo er könnte, bei Beleidigungen und Verleumdungen, die rechts wie links wuchern.

Zunächst zum Denkfehler der Generation Trabant. Das Wendejahr 1989

enthielt für sie das Versprechen, endlich ohne jeden Nachteil alles sagen zu können, was man denkt. Das aber war nie die Garantie des Artikels 5 im Grundgesetz. Er schützt zwar die freie Rede – aber er befreit nicht von deren Risiken in Form von sozialen Folgekosten. Wer sich öffentlich äußert, muss damit rechnen, dass seine Worte im Säurebad der öffentlichen Prüfung landen.

Die Forderung nach bewusster Sprache ist weder staatlich verordnete Ideologie noch die Folge einer Gesinnungsdiktatur, die ähnlich tickt wie das DDR-Regime. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines, Achtung!, Meinungskampfes, in den sich im Zuge eines Emanzipationsprozesses Minderhei-

ten lautstärker und selbstbewusster eingebracht haben als noch vor einigen Jahrzehnten. Im Westen Deutschlands taten sie das mit längerem Anlauf und in größerer Zahl – was heute ein Gefühl der kulturellen Überrumpelung im Osten erklären hilft.

Von dieser erfreulichen Entwicklung losgelöst hat sich leider ein Milieu von Diskurswächtern, die reflexhaft beinahe jede politische Position rechts von Angela Merkel als extremistisch brandmarken. Der Denkfehler der Generation Twitter besteht darin zu glauben, bestimmte Meinungen schon im Ansatz ersticken zu müssen. Als Meister dieser Entdifferenzierung tut sich unter anderem der ZDF-Comedian Jan Böhmermann hervor, der seine privilegierte Stellung immer wieder dazu nutzt, politisch Andersdenke zu diffamieren, indem er sie mit echten Extremisten in einen Topf wirft. Auch diese Diskursverätzung verdient Kritik.

Steht es um die Meinungsfreiheit heute schlechter als 1989? Nein. Meinungsfreiheit heißt heute allerdings mehr Meinungsverantwortung. Wer „Volksverräter“ und „Lügenpresse“ schreit und die Bundesrepublik mit dem totalitären DDR-Regime vergleicht, aber auch, wer inflationär „Faschisten“ und „Nazis“ brüllt, darf sich nicht wundern, wenn ihm scharfer Wind entgegenbläst. Mehr Redemöglichkeit bringt mehr Widerspruchrisiko – das ist schlicht der neue Deal. ●

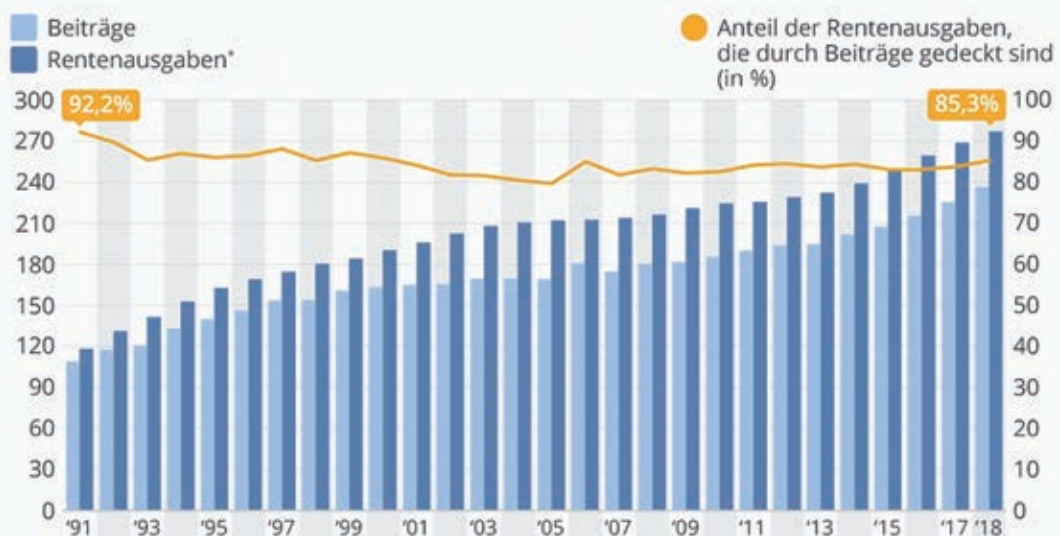
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

So groß ist die Finanzierungslücke bei der Rente

Der demografische Wandel setzt das deutsche Rentensystem unter Druck. Wie die Grafik auf Basis von Zahlen der Deutschen Rentenversicherung zeigt, ist die Lücke zwischen eingenommenen Rentenbeiträgen und den Rentenausgaben über die Jahre größer geworden. 1992 lag der Anteil der Rentenausgaben, der durch Beiträge gedeckt ist, bei 92,2 Prozent. Aktuell sind es rund 85 Prozent.

Die Problematik dürfte sich in den kommenden Jahren verschärfen, wenn die sogenannte Baby-boom-Generation (Jahrgänge 1955 bis 1965) in Rente geht.

Beiträge und Rentenausgaben der Rentenversicherung in Deutschland (in Mrd. Euro)



* Ohne Transferzahlungen zwischen den RV-Zweigen eines Gebietes und ohne Finanzausgleich. Ab 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen.



Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statista-Berechnung

statista



Bereinigungs-sitzung

Jeder Bundestagsabgeordnete kennt ihn, den Termin der sogenannten „Bereinigungssitzung“. Denn dort wird festgeklopft, wie viel Geld jedes einzelne Ministerium im kommenden Jahr ausgeben darf. Federführend ist der Haushaltsausschuss, dem aktuell 44 Abgeordnete angehören. Vor ihnen müssen in der letzten Sitzung, eben der Bereinigungssitzung, die Minister Rede und Antwort stehen, warum und wofür sie Geld benötigen. Auch alle anderen Parlamentarier versuchen davor oft noch, Mittel für ihre Wunschprojekte, meist im eigenen Wahlkreis, zu sichern. In diesem Jahr dauerte die Bereinigungssitzung rund 15 Stunden – dann stand der Etatentwurf, über den dann später der Bundestag entschieden hat. Die Sitzungen des Haushaltsausschusses finden meist im Paul-Löbe-Haus nahe dem Reichstag statt. Nur ein paar Schritte neben dem Sitzungsraum liegt die legendäre „Papierkneipe“. In diesem „Aktenraum mit Külschrank und Kaffeemaschine“ treffen sich die Haushalter auf einen Kaffee oder auch schon mal auf ein Bier oder ein Glas Wein, um während der Pausen zu entspannen oder sich zu verständigen.

Arbeit soll Sinn stiften



Fast zwei Drittel (60 Prozent) der deutschen Fach- und Führungskräfte meinen, dass die Generation Z (Jahrgänge 1997 bis 2010)

optimistischer sei als ihre Vorgänger-Generation, die Generation Y (Jahrgänge 1982 bis 1996). Mehr als die Hälfte (54 Prozent) ist der Auffassung, dass für die neue Generation, die jetzt auf den Arbeitsmarkt strömt, entscheidend sei, welchen Sinn und Zweck sie mit ihrer Arbeit verfolgen würde. Das Beratungsunternehmen Korn Ferry befragte mehr als 800 Fach- und Führungskräfte.



Bio boomt. Viele Verbraucher entscheiden sich vor allem deswegen für Bioprodukte, weil sie gesünder sein sollen. Aber auch die Umwelt soll durch ökologische Landwirtschaft weniger belastet werden als durch herkömmliche Landwirtschaft. Stimmt das?

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

Warum Bio nicht (automatisch) besser ist

Der Umsatz von Bioprodukten stieg zwischen 2000 und 2018 von rund zwei Milliarden auf beinahe elf Milliarden Euro. Insgesamt setzte die Lebensmittelbranche 2018 in Deutschland nach Angaben des EHI-Handelsinstituts rund 162 Milliarden um. Gemessen daran sind elf Milliarden Euro für Biolebensmittel ein überschaubarer Anteil. Doch die Branche wächst seit Jahren konstant, zuletzt sogar zweistellig. Der Boom beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern kann in ganz Europa

beobachtet werden. Laut dem EU-Statistikamt Eurostat wuchs der EU-Markt zwischen 2012 und 2016 um über 47 Prozent. Deutschland ist dabei insgesamt betrachtet der größte Bio-Markt. Im Schnitt 122 Euro geben die Deutschen pro Jahr für Biolebensmittel aus. Der europäische Durchschnitt liegt bei 47 Euro. Dabei gelten die Deutschen beim Lebensmittelkauf eigentlich als preisbewusst oder sogar knauserig. Woher kommt also der Bio-Boom hierzulande? Und sind Biolebensmittel wirklich besser?

Gitta Connemann, Vorsitzende der MIT-Landwirtschaftskommission, erklärt es sich so: „Öko hat sich neu erfunden und die Wende geschafft – vom spaßfreien Müsli-Image zu Lifestyleprodukten.“ Ökoprodukte gelten als gesünder, umweltverträglicher, sanfter. „Damit passen sie besser in das romantisiertere Bild der Landwirtschaft“, so Connemann, die auch stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende für den Bereich Landwirtschaft ist. Aber Vorstellung und Realität klafften auseinander. „Viele



Verbraucher wünschen sich ein Bül-
lerbü. Aber Höchstleistungen sind mit
Almromantik nicht zu haben – egal ob
öko oder konventionell.“

Wie gesund ist Bio?

Grundsätzlich sind alle Lebensmittel
aus ökologischer Landwirtschaft Bio-
lebensmittel. In der ökologischen
Landwirtschaft sind unter anderem
Gentechnik und chemische Dünger
oder Pflanzenschutzmittel untersagt.
Bei tierischen Produkten wird auf
Wachstumshormone und Antibiotika
verzichtet. In der EU gelten Lebens-
mittel dann als Öko oder Bio, wenn sie
zu mindestens 95 Prozent aus ökolo-
gisch erzeugten Zutaten bestehen.
Welche das genau sind, wurde 2007
von der EU geregelt. Ob das nun ge-
sünder ist oder nicht, lässt sich nicht
einfach beantworten. Entscheidend
ist vielmehr, ob sich jemand insgesam-
t gesund oder ungesund ernährt. Wer
jeden Abend zwei Packungen Chips
isst, lebt ungesund – selbst wenn die
Chips Bio sind.

Der deutsche Bio-Spitzenverband
Bund Ökologische Lebensmittelwirt-
schaft (BÖLW) verweist auf Studien,
die einen „eher höheren sekundären
Pflanzenstoffgehalt“ bei Bio-Lebens-
mittel andeuten. Pflanzen bilden diese
Stoffe, um sich zu schützen. Beim
Menschen wiederum beugen sie
Krankheiten und Alterserscheinungen
vor. Allerdings räumt der BÖLW rein,
dass die Datenlage für Bio noch nicht
vollständig sei.

Aber ob ein Lebensmittel nun ge-
sund ist oder nicht, entscheidet sich
nicht nur an der Frage, was drin ist.
Wichtig ist auch, was nicht drin ist.
Und in der Regel schneiden Biolebens-
mittel hier besser ab als beispielsweise
Lebensmittel aus konventioneller
Landwirtschaft. Schließlich werden sie
beim Heranreifen nicht Pestiziden und
anderen potenziell gesundheitsschäd-
lichen Stoffen ausgesetzt. Allerdings
gelten auch für konventionelle Lebens-
mittel Grenzwerte für Schadstoffe.

auf die Gesundheit der Verbraucher
äußerst unwahrscheinlich. Generell
bewertet die Behörde das Risiko für
die europäischen Verbraucher, schäd-
lichen Rückstandskonzentrationen
über die Ernährung ausgesetzt zu wer-
den, als niedrig. Solange sie gesund
leben und sich gesund ernähren, spielt
die Frage, ob Lebensmittel nun Bio
sind oder nicht, demnach eine unter-
geordnete Rolle.

Bio: sogar schlechter für die Umwelt?

Ein weiteres Argument, das gerne für
Öko-Lebensmittel ins Feld geführt
wird, ist die Umwelt. Diese soll durch
den ökologischen Anbau und die öko-
logische Tierzucht weniger belastet
werden. „Der Ökolandbau erhält und
fördert die Artenvielfalt in der Kultur-
landschaft, schützt das Klima und
sichert die weltweite Ernährung auf
ressourcenschonende Weise“, sagt
BÖLW-Vorsitzender Felix Prinz zu

**„Bei einer überwiegend ökologischen
Ernährung bräuchten wir in Deutschland
etwa 40 Prozent mehr Ackerfläche.“**

Gitta Connemann, CDU

Diese Grenzwerte werden innerhalb
der EU so gut wie nie überschritten.
Laut dem aktuellen Bericht der Euro-
päischen Behörde für Lebensmittelsi-
cherheit (EFSA) wiesen 95,9 Prozent
der getesteten Lebensmittel keinerlei
oder lediglich minimale Spuren von
Pestizidrückständen auf. Und Lebens-
mittel, die nachweislich den Grenzwert
überschreiten, werden sofort aus dem
Verkehr gezogen. Die große Mehrheit
dieser Lebensmittel stammte aus dem
außereuropäischen Ausland. Von den
Proben, die aus der EU stammen, wies-
en nur 1,4 Prozent überhöhte Werte
auf. Solange sich die Produkte inner-
halb der Grenzwerte bewegen, sind
lauf EFSA langfristige Auswirkungen

Löwenstein. Er sieht in der konven-
tionellen Bewirtschaftung, die auf
chemisch-synthetische Pestizide,
Kunstdünger sowie wenige Tierrassen
und Pflanzensorten setzt, eine Haupt-
ursache des Artenschwunds und der
Klimabelastungen. Untersuchungen
würden belegen, dass Öko-Flächen
artenreicher sind. „Gerade unter ex-
tremeren Klimabedingungen und den
zunehmenden Schwankungen, die der
Klimawandel mit sich bringt, kommt
es auf die Vielfalt an. Sie macht die An-
bausysteme widerstandsfähiger und
ertragreicher“, erläutert Löwenstein.

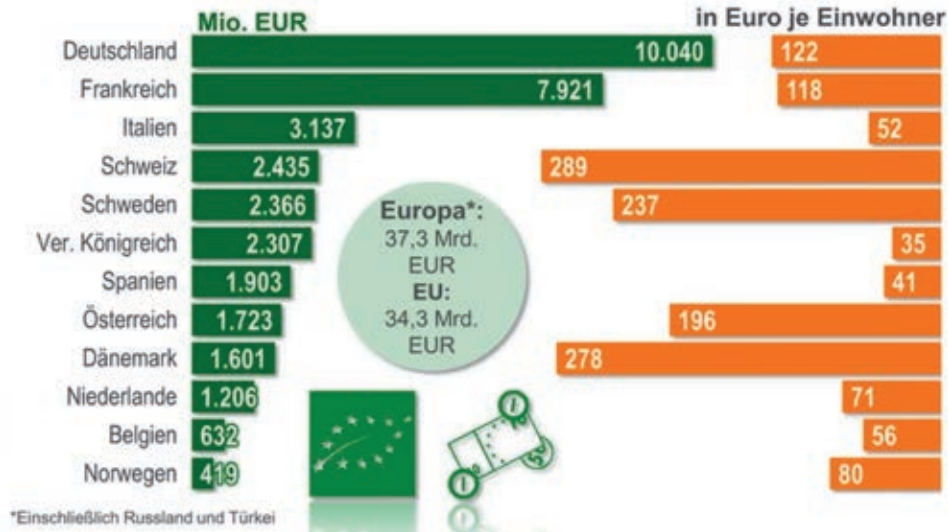
Das Ziel der Ressourcenschonung
ist auch für Connemann ein Grund für
Bio. So soll beispielsweise die Boden-

Fruchtbarkeit durch den Verzicht auf Pflanzenschutz mit chemisch-synthetischen Mitteln erhöht werden. „Auf der anderen Seite wird Unkraut mit Maßnahmen wie Hacken und Abflämmen bekämpft. Darunter leidet das Klima“, sagt Connemann. Denn auch bei diesen Maßnahmen werde CO₂ freigesetzt. Die CDU-Politikerin verweist auf eine aktuelle Studie aus Schweden: Danach würden bei der ökologischen Produktion von einer Tonne Weizen bis zu 70 Prozent mehr Treibhausgase emittiert als bei konventioneller Produktion. Und damit nicht genug, so Connemann: „Natürlich sind auch Pflanzenschutzmittel wie zum Beispiel Kupfer im Einsatz.“ Auch sei der Flächenverbrauch höher als beim konventionellen Anbau. „Bei einer überwiegend ökologischen Ernährung bräuchten wir in Deutschland etwa 40 Prozent mehr Ackerfläche.“

Wissenschaftler der englischen Cranfield-Universität haben kürzlich berechnet, was passieren würde, wenn die gesamte Landwirtschaft Großbritanniens auf Bio umgestellt würde. Laut der Studie würden schädliche Emissionen beim Anbau von Obst, Gemüse und Getreide um 20 Prozent sinken. Bei der Tierzucht würden etwa vier Prozent eingespart werden. Das Problem: Die Ernteerträge würden um rund 40 Prozent einbrechen. Pflanzen brauchen zum Wachsen Stickstoff. Dieser kommt bei der biologischen Landwirtschaft aber nicht in ausreichender Menge im Boden vor. Letztendlich kamen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass Großbritannien mit ausschließlich biologischer Landwirtschaft Lebensmittel aus dem Ausland importieren müsste. Durch den Transport würden ebenfalls Emissionen entstehen, weswegen laut der Studie die Einsparung durch die Landwirtschaft wieder zunichte gemacht würde und im schlimmsten Fall sogar deutlich höher ausfallen könnte. Für Gitta Connemann ist deswegen klar: „Es gibt bei der Ernährung keinen Anlass für Schwarz-Weiß-Malerei. Das findet medial aber leider häufig statt. Die Landwirte sind über diese Grabenkämpfe weit hinweg.“

In ausgewählten Ländern, ohne Außer-Haus-Käufe, 2017

AMI



© AMI 2019/OL-119 | AMI-informiert.de

Quelle: AMI, FiBL

Umsatz mit Ökolebensmitteln in Europa

Großes Risiko für die Bauern

Theoretisch wäre es allerdings durchaus möglich, die Landwirtschaft zumindest größtenteils auf Bio umzustellen und trotz geringerer Erträge die Bevölkerung auch weiterhin ernähren zu können. Nach Schätzungen der EU werden jedes Jahr etwa 88 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Auf den einzelnen EU-Bürger umgerechnet wären das etwa 170 Kilogramm pro Jahr. Zwar sind die Bürger nicht alleine für diese Lebensmittelverschwendung verantwortlich. Auch Industrie und Handel entsorgen Lebensmittel. Aber laut EU wird rund die Hälfte der Lebensmittelabfälle von den Bürgern verursacht. Könnte die Quote weggeworfener Lebensmittel deutlich reduziert werden, wären auch weniger Flächen für Landwirtschaft und Viehzucht nötig. Diese wiederum könnten dann zunehmend ökologisch genutzt werden. Nur: Wie soll gesetzlich geregelt werden, was die Bürger mit bereits gekauften Lebensmitteln machen? Letztendlich liegt es in der Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, sparsam und umsichtig mit Lebensmitteln umzugehen.

Überhaupt ist fraglich, ob die Bürger vor allem Bioprodukte konsumieren wollen. Trotz des Biobooms

und der durchaus beeindruckenden Wachstumszahlen des Marktes sind Biolebensmittel auch heute noch eine Nische: „Biolebensmittel sind zwar in aller Munde und werden durch die Medien massiv beworben. Der Anteil am Lebensmittelmarkt ist mit knapp 5,3 Prozent eher gering. 100 Prozent Öko lässt sich eben nicht staatlich verordnen“, sagt Connemann. Eine Umstellung des landwirtschaftlichen Betriebs auf Öko stelle für jeden Bauern ein großes Risiko dar. „Er kann zwar häufig höhere Preise für seine Produkte erzielen. Aber er hat auch ein höheres Risiko für Ernteausfälle und Krankheiten im Tierbestand. Die eingeschränkten Methoden des Pflanzenschutzes machen seine Kulturen anfälliger für Schädlinge“, erklärt Connemann. Bei ihren persönlichen Einkäufen entscheidet sie nicht nach ökologisch oder konventionell, sagt sie: „Mir ist Folgendes wichtig: Kommt die Ware aus Deutschland? Kommt sie aus der Region? Ist gerade Saison? Erdbeeren im Dezember kommen beispielsweise aus Übersee. Der ökologische Fußabdruck ist riesig – egal ob Öko oder nicht.“ Auch sei Öko in der Tierhaltung keineswegs ein Garant für Tierwohl. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

Sei flexibel auf dem Weg zu deinen Zielen.



SEAT Leon Sportstourer

Mit Business Leasing ab 174 € mtl.¹

Der SEAT Leon Sportstourer bietet dir als Firmenwagen das Plus an Flexibilität. Entdecke jetzt den dynamischen Kombi mit bis zu 1.470 Litern Gepäckraumvolumen und vielen modernen Technologien. Mehr erfahren unter seat.de/business

SEAT FOR BUSINESS



SEAT CARE Ab 0,99 € mtl.² sorgenfrei unterwegs mit Wartung & Verschleiß. Zuverlässige Mobilität zu gleichbleibend günstigen Raten.

Kraftstoffverbrauch SEAT Leon Sportstourer 1.0 TSI (Benzin), 85 kW (115 PS): innerorts 5,7, außerorts 4,1, kombiniert 4,7 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 107 g/km. CO₂-Effizienzklasse: B. ¹174,00 € (zzgl. MwSt.) mtl. Leasingrate für den SEAT Leon Sportstourer Style 1.0 TSI, 85 kW (115 PS), auf Grundlage der UVP von 19.495,80 € bei 48 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von bis zu 15.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden ohne Großkundenvertrag und nur bis zum 31.12.2019 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing. Die individuelle Höhe der Leasingrate kann abhängig von der Netto-UPE, Laufzeit und Laufleistung sowie vom Nachlass variieren. Bonität vorausgesetzt. ²Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag mit der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. 0,99 € (zzgl. MwSt.) mtl. Servicerate für die Dienstleistung Wartung & Verschleiß bei einer Gesamtaufleistung von bis zu 90.000 km für den SEAT Leon Sportstourer. Bei einer Gesamtaufleistung von bis zu 120.000 km beträgt die monatliche Rate 9,90 € (zzgl. MwSt.). Abweichende Staffelpreise bei höheren Gesamtaufleistungen. Dieses Angebot ist nur bis zum 31.12.2019 gültig und nur für gewerbliche Kunden mit und ohne Großkundenvertrag. Ausgenommen sind Taxi-/Mietwagenunternehmen und Fahrschulen. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Google Ads

Das Bremer Start-up »Reishunger« wagte sich mit einem Produkt auf den Markt, das es bereits überall gab. Dennoch zieht der Onlineshop Hunderttausende Kunden an – dank Qualität und durch geschicktes Onlinemarketing.



»In Deutschland ist Reis viel zu oft eher ein Sattmacher«, sagt Sohrab Mohammad. Gemeinsam mit Torben Buttjer gründete er das Start-up Reishunger und verschickt zum Beispiel Sushi-Reis in alle Welt.

» Google war von Anfang an einer unserer wichtigsten Treiber «

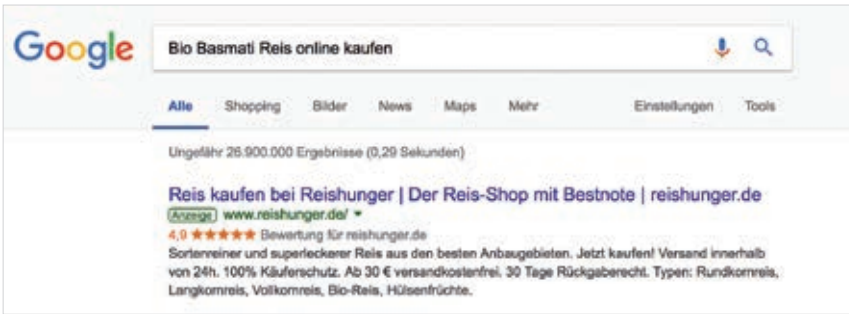
WENN MAN SOHRAB MOHAMMAD FRAGT, wie er darauf kam, sein Business auf ein vermeintliches Allerweltsprodukt zu gründen, erzählt er vom Heimatland seiner Eltern. Im Iran, sagt der 35-Jährige, lädt ein Gastgeber seine Gäste eher wieder aus, als dass er ihnen Reis vorsetzt, der nicht perfekt gekocht ist. Das Getreide steht dort in der Mitte des Tisches, angeordnet wie ein festlicher Kuchen. In Deutschland fehlte ihm diese Kultur. »Hier ist Reis viel zu oft eher ein Sattmacher.« Das wollte der Bremer ändern, als er 2010 mit seinem Studienfreund Torben Buttjer Reishunger gründete – ein Start-up, das

Reis als hochwertiges, natürliches Lebensmittel in großer Farb- und Sortenvielfalt zelebriert. Die ersten Supermärkte, mit denen die beiden Wirtschaftsingenieure sprachen, reagierten skeptisch auf die Idee – schließlich hatten alle bereits Reis in den Regalen. »Da war für uns klar, dass wir Reishunger alleine groß machen müssen«, erinnert sich Sohrab Mohammad. Der Umsatz von Reishunger lag 2017 bei fünf Millionen Euro – rund 85 Prozent davon macht die Firma online.

Auf reishunger.de findet sich inzwischen jene Vielfalt, die Sohrab Mohammad früher in Deutschland vermisst hat: verschiedene

Sorten Basmati-, Sushi-, Jasmin- und Risotto-Reis, viele davon in Bioqualität. Angebaut in Italien, Indien, Iran und anderen Regionen in aller Welt, mal weiß, mal schwarz, mal lila. Dazu reisähnliche Lebensmittel wie Quinoa, Reischips oder Reiskocher, Gewürze sowie Zubehör wie Reiskocher oder Sushi-Equipment. Insgesamt rund 300 Artikel, die Reishunger von seiner Zentrale am alten Bremer Handelshafen aus schon an mehr als 250 000 Kunden verschickt hat.

Die meisten davon haben dank Onlinemarketing von Reishunger erfahren. Das Start-up unternahm viel, um bekannt zu



Bei Reishunger experimentiert man bewusst mit Google Ads: Wer nach »Reis« sucht, bekommt eine andere Anzeige zu sehen als jemand, der »Bio Basmati online kaufen« eingibt.

werden: zuerst über Suchmaschinen-optimierung und soziale Medien, dann über Onlineanzeigen. »Google war von Anfang an einer unserer wichtigsten Treiber«, sagt Sohrab Mohammad. Heute setzt Reishunger vor allem auf zwei Säulen: Mithilfe von Google Shopping bewirbt das Unternehmen seine Produkte auch mit Bildern. »Dabei profitieren wir stark davon, dass sich unsere hochwertigen Verpackungen von denen der Mitbewerber abheben.«

Die zweite Säule sind Google Ads-Anzeigen, mit denen Reishunger seine Markenbekanntheit stärkt. Niemand, der online nach Reis sucht, soll an den Bremern vorbeikommen – und jeder Suchende wird anders angesprochen: »Wir richten alle Anzeigen am Grad des Kaufinteresses aus«, erklärt Onlinemarketing-Chef Benni

Uhlmann. Wer also nur nach »Reis« sucht, sieht andere Google-Suchanzeigen als jemand, der »Bio Basmati online kaufen« eingibt.

Damit die Onlineanzeigen möglichst effizient werden, analysiert und vergleicht das Unternehmen systematisch deren Leistung und kann so optimieren: »Wir testen grundsätzlich mindestens drei Varianten von jeder Anzeige«, sagt Uhlmann und verweist auf erstaunliche Ergebnisse: Mitunter funktioniert die ansonsten gleiche Anzeige dreimal so gut, wenn ein bestimmtes Wort am Anfang statt am Ende steht. Für Reishunger zahlt sich das permanente Testen und Verbessern jedenfalls aus: »Obwohl wir Google Ads bereits seit sechs Jahren nutzen, konnten wir damit den Umsatz unseres Onlineshops zuletzt um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern.«

23 %

Um diesen Anteil stieg der Umsatz des Reishunger-Onlineshops binnen eines Jahres dank Google Ads.

Von neuen Kunden gefunden werden mit Anzeigen in der Google-Suche

- 1 Starten Sie jetzt unter g.co/durchstarten
- 2 Melden Sie sich bei Google Ads an
- 3 Wählen Sie Ihr Werbeziel aus und starten Sie mit Ihrer ersten Anzeige
- 4 Legen Sie Ihr Budget fest, geben Sie Ihren Gutscheincode ein und erhalten Sie 75 € Werbeguthaben, wenn Sie 25 € investieren *

*Es gelten die Gutscheinbedingungen. Mehr Informationen finden Sie auf dem Gutschein.

*Gutscheinbedingungen: 1. Dieser Gutschein wird Ihnen von der Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland (»Google«) zur Verfügung gestellt. 2. Das Angebot ist beschränkt auf Kunden mit einer Rechnungsadresse in Deutschland. Jeder Google Ads-Kunde darf nur einen Gutschein einlösen. 3. **Aktivierungsprozess:** Der Gutscheincode muss im Google Ads-Konto vor dem 31. Dezember 2019 eingelöst werden. Um an diesem Angebot teilnehmen zu können, müssen Sie den Code innerhalb von 14 Tagen nach der ersten Ad-Impression eingeben, die für Ihr erstes Google Ads-Konto erfolgt ist. 4. **Wie man den Gutschein einlöst:** Nachdem der Gutscheincode eingegeben wurde, müssen Sie in diesem Google Ads-Konto Kosten abzüglich Steuern in Höhe von 25 € innerhalb von 30 Tagen generieren. Eine bloße Einzahlung des jeweiligen Betrages ist nicht ausreichend, um den Gutscheincode einzulösen. Die Kosten, die für die Aktivierung des Gutscheincodes benötigt werden, werden ab dem Eingabedatum des Gutscheincodes berechnet. 5. Sobald Sie die Punkte 3 und 4 abgeschlossen haben, wird Ihnen die Gutschrift automatisch innerhalb von fünf Werktagen in Ihrem Abrechnungsverlauf gutgeschrieben. 6. Gutscheincodes beziehen sich lediglich auf zukünftige Werbekosten. Kosten, die vor der Gutscheincodeeingabe entstanden sind, fließen nicht in die Verrechnung des Gutscheincodes ein. 7. Nachdem Sie Ihre Gutschrift aufgebraucht haben, werden Sie keine gesonderte Benachrichtigung von Google Ads erhalten, zusätzliche Werbekosten werden von Ihrem Zahlungsmittel abgebucht. Wenn Sie nach dem Aufbrauch der Gutschrift keine Google Ads-Anzeigen schalten möchten, können Sie Ihre Kampagnen zu jeder Zeit pausieren oder löschen. 8. Um Gutscheincodes verwenden zu können, müssen Sie einen einwandfreien Abrechnungsverlauf vorweisen können und aktuelle Abbuchungsinformationen in Ihrem Google Ads-Konto hinterlegt haben. 9. Durch die Nutzung des Gutscheincodes erkennen Sie diese Gutscheinbedingungen und die ergänzenden Gutscheinbedingungen an unter: <http://www.google.de/intl/de/ads/coupons/terms.html>



Rufen Sie uns an: 0800 6270 909
(Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr).

Wir unterstützen Sie kostenlos **

** Kostenlose telefonische Starthilfe (Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr) für Kunden, die 10 € pro Tag oder mehr ausgeben möchten. Die Dauer der Betreuung richtet sich nach Ihrem Werbebudget.



LANGWIERIGE PLANVERFAHREN

Wie kann wieder schneller gebaut werden?

Während China in nur vier Jahren das weltweit zweitgrößte Flughafenterminal und zugleich das weltgrößte Netz für Hochgeschwindigkeitszüge fertiggestellt hat, ist in Deutschland in dieser Zeit häufig noch nicht einmal das Planungsverfahren für eine Autobahnbrücke, eine ICE-Strecke oder eine Hochspannungsleitung abgeschlossen, vom „Willy-Brandt“-Flughafen Berlin-Brandenburg ganz zu schweigen. In einigen Fällen nehmen die Planungsverfahren sogar Jahrzehnte in Anspruch. Aber Deutschland fällt nicht nur hinter autoritäre Regime wie China zurück. Auch im europäischen Vergleich nehmen die Prozesse hierzulande überdurchschnittlich viel Zeit in Anspruch.

Woran liegt das? Ein Grund ist die stetig zunehmende Zahl an Bauvorschriften. Nach Angaben des Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) hat sich die Zahl der Bauvorschriften seit 1990 von 5.000 auf 20.000 vervierfacht. Hinzu kommen unterschiedliche Regelungen für jedes einzelne Bundesland. Die vielen Vorschriften erhöhen die Kosten und führen zu Verzögerungen beim Bau.

Um das Problem zu lösen und Bauvorhaben in öffentlicher Hand zu beschleunigen, haben fünf CDU-Politiker einen Plan für schnelleres Planen und Bauen verfasst. Die Verfasser sind NRW-Verkehrsminister und MIT-Landesvorsitzender Hendrik Wüst, CDU-Generalsekretär und MIT-Mitglied Paul Ziemiak, der Bundestagsabgeordnete

und Vorsitzende der MIT-Verkehrskommission Christoph Ploß, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Patrick Schnieder und MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. Aus deren Vorschlag wurde ein 12-Punkte-Plan, den Ende September der Bundesmittelstandtag der MIT beschlossen hat, und der dann als Antrag auf dem CDU-Parteitag im November erfolgreich eingebracht wurde.

In dem Beschluss wird unter anderem mehr Personal bei den Planungsbehörden, notfalls ergänzt durch externen Sachverstand und bei den Genehmigungsbehörden gefordert. Denn allzu oft sind sie der Flaschenhals, der den Beginn von Bauprojekten verzögert. Ohne Baugenehmigung kein Baubeginn.

Klagerecht von Verbänden einschränken

Politisch brisanter ist aber eine andere Forderung. Allzu oft kommt der Widerstand gegen Bauprojekte nämlich nicht von betroffenen Bürgern, sondern wird gezielt und öffentlichkeitswirksam von Umweltverbänden organisiert. Darum soll das Klagerecht für Umweltverbände eingeschränkt werden. „Künftig sollen die Verbände nur noch klagen dürfen, wenn ihre Belange direkt betroffen sind oder eine ordnungsgemäße Beteiligung des jeweiligen Verbands am Genehmigungsverfahren nicht gegeben war“, so Carsten Linnemann. Andernfalls sei es zu einfach, Infrastrukturprojekte zu blockieren. Auch sollen sich die Klagen von Umweltverbänden

Investitionen scheitern in Deutschland weniger am Geld als an zu langen Planungsverfahren und Bürokratie. Die MIT hat auf dem CDU-Parteitag einen 12-Punkte-Plan durchgesetzt, der aufzeigt wie vieles schneller gehen könnte. Dabei soll auch das Klagerecht von Umweltverbänden eingeschränkt werden.

auf umweltbezogene Rechtsvorschriften beschränken und nicht mehr auf Basis wirtschaftlicher Bedenken erfolgen können. Der 12-Punkte-Plan sieht zudem vor, alle Klageberechtigten dazu zu verpflichten, ihnen bekannte verfahrensrelevante Umstände vor dem Verwaltungsverfahren mitzuteilen.

Umgekehrt will die CDU künftig betroffene Bürger frühzeitiger und offener als bisher in die Planungen einbeziehen. „Widerstand gibt es vor allem dann, wenn persönliche Belange oder Umweltbelange betroffen sind und die Kosten eines Projektes nicht ausreichend vermittelt werden“, beschreibt MIT-Chef Carsten Linnemann das Problem. Um die Akzeptanz öffentlicher Bauvorhaben zu stärken, sollten die Bürger deswegen künftig stärker mit einbezogen werden. Um das zu erreichen, bedarf es nach Ansicht der CDU-Politiker von Anfang an einer professionellen Verfahrenskommunikation. Außerdem fordern sie digitale Beteiligungsmöglichkeiten, damit sich Bürger über den Stand der Bauarbeiten informieren können. Dazu könnten beispielsweise Onlineforen eingerichtet werden. Auch automatische Hinweise über den Fortschritt der Bauarbeiten oder Änderungen an den Planungen sollten eingerichtet werden.

Um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, soll zudem eine gesetzliche Stichtagsregelung eingeführt wer-



wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
 Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

**Investitionsbank
Berlin**

den. Derzeit müssen Planungen während des laufenden Genehmigungsverfahrens immer wieder an die neuesten Gesetze angepasst werden. „Diese Regelung führt häufig zu großen Verzögerungen und langwierigen Überarbeitungen, weil sich die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern“, sagt Verkehrspolitiker Christoph Ploß aus Hamburg. Er führt als Beispiel das Projekt Elbvertiefung an, die sich so immer wieder verzögert hätte. „Durch eine gesetzliche Stichtagsregelung müssten Änderungen nach dem Stichtag nicht mehr zwingend beachtet werden“, so Ploß. Gerade Großprojekte, deren Planung und Durchführung Jahrzehnte in Anspruch nehmen können, würden von der gesetzlichen Stichtagsregelung profitieren.

Weniger Bürokratie beim Bau

In dem Konzept werden auch Reformvorschläge des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) aufgegriffen (Ausgabe 5/18). Der NKR ist ein Beratergremium der Bundesregierung. Er prüft beispielsweise neue Gesetze auf die Bürokratiekosten, die sie verursachen, und kämpft für eine bessere Rechtssetzung. So regt der NKR an, zur Klärung von Rechtsfragen früh einen ersten Erörterungstermin anzusetzen. Außerdem sollen künftig sämtliche Akten und Urkunden für verwaltungsgerichtliche Verfahren elektronisch vorgelegt werden können. Gerade bei Infrastrukturprojekten könnte die Umsetzung dieser Forderungen zu deutlich kürzeren Verfahrenszeiten führen. Zwar lägen laut NKR die größten Beschleunigungspotenziale in der Hand der EU. Aber auch auf nationaler Ebene gebe es Möglichkeiten, um Verfahren zu beschleunigen.

Ploß und seine CDU-Kollegen regen auch den verstärkten Einsatz von Maßnahmengesetzen an, also projektbezogenen und nicht dauerhaft angelegten Gesetzen. Deren Einsatz sollte vor allem für zentrale Verkehrsinfrastrukturprojekte geprüft werden. Der Bundestag könnte derartige Projekte final beschließen, wodurch auf ein Planfeststellungsverfahren verzichtet werden könnte.

Nachdem der 12-Punkte-Plan auf dem CDU-Parteitag nahezu einstimmig beschlossen wurde, befasst sich derzeit die Arbeitsgruppe „Planungsbeschleunigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion damit. Einige der Punkte dürften sich dann im weiteren parlamentarischen Verfahren unter anderem im Strukturstärkungsgesetz wiederfinden. Dort hat die Bundesregierung bereits als Ziel vorgegeben, auch Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung einzubeziehen. Parallel will auch das Bundesverkehrsministerium mit einem weiteren Gesetzentwurf die Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten schneller voranbringen. Auch dort dürften einzelne Punkte berücksichtigt werden. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

12-Punkte-Plan für schnelleres Bauen und Planen

1

Die Bundesregierung muss die EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, die Aarhus-Konvention zu reformieren.

2

Die Vorschläge des Nationalen Normenkontrollrats zur Beschleunigung des Verwaltungsrechtswegs sollen umgesetzt werden.

3

Gerichtsverfahren sollen beschleunigt werden, etwa durch eine erweiterte Zuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte.

4

Der verstärkte Einsatz von Maßnahmengesetzen soll geprüft werden.

5

Einführung einer gesetzlichen Stichtagsregelung bei Planungsverfahren.

6

Das Klagerecht von Verbänden soll eingeschränkt werden.

7

Die digitalisierte Bauwerksdatenmodellierung (BIM) soll verpflichtend angewandt werden.

8

Mehr Planungspersonal für öffentliche Bauträger.

9

Bessere Einbindung der Bürger, etwa durch bessere Kommunikation und digitale Beteiligungsmöglichkeiten.

10

Die Vergabeverfahren müssen reformiert werden. Vor allem absurd niedrige Preise gehören auf den Prüfstand.

11

Plangenehmigungs- statt Planfeststellungsverfahren ermöglichen, um auch bei Abweichungen zügig bauen zu können.

12

Baukosten sollen künftig besser und verlässlicher kommuniziert werden.



Zum ausführlichen 12-Punkte-Plan der CDU:
www.mit-bund.de/12punkteplan

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet fordert die Union zu einem klareren Kurs bei der inneren Sicherheit auf. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben am Rande des CDU-Parteitags wirbt Laschet für eine Null-Toleranz-Politik gegen Clans, eine sozial ausgewogene Klimapolitik und eine breitere Aufstellung der CDU.



ARMIN LASCHET IM INTERVIEW

„Klare Kante bei der inneren Sicherheit, null Toleranz gegenüber Kriminellen“

Der legendäre Leipziger CDU-Parteitag 2003 hatte eine klare Botschaft. Was ist denn die prägende Botschaft von Leipzig 2019?

Der Parteitag 2019 in Leipzig beantwortet prinzipiell die Frage: Wie verstehen wir Soziale Marktwirtschaft? Gerade in schwierigen Zeiten, in denen ein Konjunkturunbruch droht, ist es wichtig, die marktwirtschaftlichen Prinzipien noch einmal klar zu erklären. Alle Herausforderungen und Aufgaben, die wir haben, sind lösbar. Das gilt für die Energiewende und vieles andere. Das hat

auf dem Parteitag eine Rolle gespielt. Der zweite Leitantrag drehte sich um die Digitalisierung. Auch das ist eine wichtige Botschaft von Leipzig. Wir haben neue Ideen entwickelt, wie die Digitalisierung verbunden wird mit industrieller Produktion. Das ist unsere deutsche Stärke.

Die MIT fordert immer klare Kante. Welche klare Kante hat die CDU im Vergleich zu anderen Parteien?

Wenn ich das für Nordrhein-Westfalen übersetze, heißt das: klare Kante

bei der inneren Sicherheit, null Toleranz gegenüber Kriminellen. Es ist geradezu absurd, dass es, als unser Innenminister Herbert Reul ins Amt kam, kein Lagebild zur Clan-Kriminalität gab, obwohl das Problem seit 30 Jahren bekannt ist. Jetzt ist das Lagebild erstellt, jetzt kann man agieren. Und andere Bundesländer fangen an, das Thema aufzugreifen. Das ist etwas, das die rot-grüne Vorgängerregierung verschlafen hat und was man viel früher hätte machen müssen.

Sehen Sie denn diese klare Kante auch auf Bundesebene?

Die innere Sicherheit muss ja in den Ländern umgesetzt werden. Ich erkenne zwischen den Ländern große Unterschiede. Bei der Aufklärungsquote lag Nordrhein-Westfalen immer unter 50 Prozent. Jetzt steigt sie, wir haben die höchste Aufklärungsquote seit 60 Jahren, bei Gewaltkriminalität sogar 75 Prozent, aber Maßstab sind immer noch Hessen und Bayern, wo die Union lange regiert hat und wo diese klare Kante gezeigt wird. Bei Bundesinnenminister Horst Seehofer stelle ich auch fest, dass er den Willen hat, den gesetzlichen Rahmen zu setzen. Wir müssen das Profil weiter schärfen, damit deutlicher erkennbar wird: CDU und CSU stehen hier für einen klaren Kurs.

immer neu in unsere Zeit übersetzt werden muss, aber die wir selbst auch hochhalten müssen. Und das dritte Thema ist aus meiner Sicht, die Rolle Deutschlands in Europa zu definieren. Wir waren immer die Europapartei, die gewusst hat, dass auch unser Wohlstand davon abhängt, in einem europäischen Binnenmarkt, in einem geeinten Europa stark zu agieren.

Sie sagen, es „muss verbunden sein“. Ist das auch verbunden, wenn man nachts ein CDU-Mitglied weckt?

Ich glaube, dass die meisten Mitglieder vor allem die Soziale Marktwirtschaft und auch die europäische Orientierung nennen würden. Bei der inneren Sicherheit gab es Phasen, in denen das Thema stark gefragt war, und Phasen, in denen es kaum eine

Der Klimaschutz ist ein typisches Beispiel, bei dem gerade die CDU in der Mitte zwischen den extremen Polen vermitteln kann. Den Grünen fehlt der soziale Gedanke: Wer soll das eigentlich bezahlen? Wer einen Einstiegspreis von 60 Euro beim CO₂ fordert, macht Politik für Besserverdienende. Das werden sich viele normale Mieter, Pendler, die jeden Tag zur Arbeit fahren, nicht leisten können. Insofern ist die CDU hier der Anwalt derer, die kleine und mittlere Einkommen haben, und die die Energiewende auch bezahlen können müssen. In der Wirtschaft gibt es unterschiedliche Positionen. Manche sagen sogar, ihr müsst mehr für den Ausbau der Windenergie tun. Ich glaube aber, die generelle Sorge der Wirtschaft ist: Wir haben jetzt klare Ausschaltpfade für die Braunkohle. Aber wir haben



Was sind die drei Themen, mit denen man nachts ein CDU-Mitglied wecken kann, von dem auch Sie sagen: Das ist mit der CDU verbunden?

Mit der CDU muss immer die Kompetenz bei der inneren Sicherheit verbunden sein. Mit der CDU muss immer verbunden sein, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft zu sein. Das ist seit Ludwig Erhard unsere DNA, die

Rolle spielte. Ich glaube, in der heutigen Zeit hat es für viele Menschen wieder hohe Priorität.

Beim Klimaschutz gibt es eine Einigung der Großen Koalition. Vielen Grünen geht das alles nicht weit genug, während Wirtschaft und Verbraucher sich über die Belastungen sorgen. Wer hat Recht?

noch nicht die Antwort, wo der Strom herkommt. Diese Ermahnung ist richtig. Wenn wir Industrieland bleiben wollen, brauchen wir zu jeder Minute verfügbaren und bezahlbaren Strom.

Wo soll der Strom denn herkommen?

Der Strom kommt derzeit vor allem von der Kohle. Die Kernkraft endet 2022. Manche sagen, russisches Gas

wollen wir nicht. Andere sagen, amerikanisches Gas wollen wir nicht wegen Fracking. Dritte sagen, neue Stromtrassen wollen wir auch nicht. Ohne alles kann die Energiewende aber nicht gelingen.

Was wollen Sie denn?

Wir brauchen einen Ausbau der erneuerbaren Energien. Dafür brauchen wir auch neue Stromtrassen. Zudem bedarf es dringend beschleunigter Planungsverfahren. Für eine Übergangszeit brauchen wir auch Gas. Deshalb bin ich dafür, dass Nord Stream 2 gebaut wird. Wir brauchen auch die LNG-Terminals für Gas aus den USA. Wir brauchen schließlich eine diversifizierte Energiewirtschaft. Das ist schwierig, wenn es gegen jede Trasse Bürgerinitiativen gibt, wenn

Wahljahr? Gibt es ein Tempolimit oder Fahrverbote?

Das wird in den Gesetzgebungsverfahren noch präzisiert. Wir haben den Zertifikatehandel ja europaweit nur für die Energie. Wir müssen bei Verkehr und Wohnen besser werden. Die Automobilindustrie ist in einem Umsteigeprozess. Die Industrie ist oft sogar mutig, etwa wenn Volkswagen jetzt 80 neue Elektromodelle entwickeln will. Es wäre trotzdem klug, auch noch synthetische Kraftstoffe zu haben und daran zu forschen, auch an

bricht, wäre das ein gewaltiger Schaden für die deutsche Volkswirtschaft und für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Branche.

Noch einmal zu der Frage: Wenn die Sektorziele nicht erreicht werden, dann müssen wir ja unmittelbar eine Antwort finden?

So wie die Sektorziele jetzt angelegt sind, ist die Chance groß, dass sie erreicht werden. Der Umstieg auf die Elektromobilität, der europäischen Vorgaben folgt und den wir jetzt durch Ladeinfrastruktur begleiten, wird einen riesigen Schub auslösen. Das größere Potenzial liegt nach meiner Auffassung fast im Wohnen. Hier kann ein Konjunkturprogramm für handwerkliche Leistungen entstehen, die im Rahmen von Umrüstungen stark gefragt sind.

Der Parteitag sendet Signale für starke Reformen: Die CDU fordert eine Senkung der Einkommen- und der Unternehmensteuer, die vollständige Soli-Abschaffung und eine Liberalisierung des Arbeitszeitgesetzes. Mit wem will man das denn umsetzen?

Die Perspektive nach einer nächsten Bundestagswahl im Parteienspektrum erscheint mühsam. Mein Wunschpartner ist die FDP. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen hinbekommen und wir arbeiten erfolgreich zusammen. Mein Wunsch ist, dass egal was kommt, die FDP mit im Spiel ist. Mit den Grünen würde es schwieriger. Das entscheidet aber natürlich am Ende der Wähler. Mein Wunsch ist, dass CDU und FDP so stark bleiben, dass sie auch einen künftigen Koalitionsvertrag maßgeblich mitbestimmen.

Der Parteitag hat harte Bedingungen für die Grundrente beschlossen.



Armin Laschet (58) ist Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Dort führt der Aachener seit Juni 2017 eine Koalition aus CDU und FDP. Laschet ist stellvertretender CDU-Vorsitzender und Landesvorsitzender der CDU NRW. Der Jurist arbeitete zunächst als Journalist und Verlagsleiter. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1999 bis 2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. 2005 wechselte er als Minister nach Düsseldorf, unter anderem für Integration. Nach der Abwahl des Kabinetts Rüttgers 2010 war er zunächst Landtagsabgeordneter. Im gleichen Jahr unterlag er Norbert Röttgen in einer Mitgliederbefragung zur Wahl des Landesvorsitzenden. 2012 wurde er zum Landesvorsitzenden, 2013 auch zum Landtagsfraktionsvorsitzenden gewählt.

der Strom vom Norden in die Industriegebiete soll. Hier müssen wir Akzeptanz schaffen.

Die Große Koalition hat knallharte Sektorziele vereinbart. Was ist denn, wenn im Jahr 2020 das Sektorziel Verkehr – 13 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung – nicht erreicht wird? Was machen Sie dann im

Wasserstoff zu forschen und die Palette breiter zu halten, als sie heute ist. Wir müssen uns insgesamt angewöhnen, wieder in einem anderen Ton über die deutsche Autoindustrie zu reden. Sie ist das Herzstück unseres Industrielandes mit tausenden Arbeitsplätzen. Die Häme, die manche verbreiten, erschreckt mich. Wenn die Autoindustrie wirklich zusammen-

Die volle Einkommensprüfung und die Finanzierung über die Finanztransaktionssteuer müssen gesichert sein. Was passiert, wenn das scheitert?

Die Grundrente wird kommen. Es ist eine Grundforderung der Union, dass jemand, der 35 Jahre gearbeitet hat, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung bekommen muss. Wir müssen es schaffen, zu einer treffsicheren und fairen, aber unbürokratischen Lösung zu kommen.

Vor dem Parteitag haben die Medien viel über Machtfragen gesprochen. Wessen Machtposition ist jetzt gestärkt worden?

Nach meinem Eindruck ist die Position der CDU als Ganzes gestärkt worden. In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit wird man sehen: Dieser Parteitag war die Stärkung der CDU mit all ihren unterschiedlichen Akzenten.

Also gibt es auch keine Vorentscheidung für eine Kanzlerkandidatur?

Die Frage hat auf diesem Parteitag keine Rolle gespielt. Die Partei wollte, dass das Wahlergebnis vom letzten Jahr – die Rückendeckung für die Vorsitzende – bestätigt wird. Das ist geschehen. Wir haben verabredet, die Frage der Kanzlerkandidatur Ende 2020 zu klären.



„Die Stärke der Union ist es aber auch, dass unterschiedliche Persönlichkeiten im Team arbeiten und unterschiedliche Akzente setzen.“

Sollte die CDU bei der nächsten Wahl überhaupt noch auf nur einen Kandidaten oder auf ein Team setzen?

Ja, natürlich. Die Wähler wollen wissen, mit welchem Spitzenkandidaten für das Amt des Bundeskanzlers CDU und CSU antreten. Die Stärke der Union ist es aber auch, dass unterschiedliche Persönlichkeiten im Team arbeiten und unterschiedliche Akzente setzen. Das haben wir bei uns in Nordrhein-Westfalen geschafft. Wir haben mit Verkehrsminister Hendrik Wüst den Landesvorsitzenden der MIT und mit Karl-Josef Laumann den Bundesvorsitzenden der CDA am Kabinettsstisch. Dazu haben wir mit Herbert Reul ein starkes Profil in der Innenpolitik. Das ist mein Verständnis von Volkspartei. Diese Mischung brauchen wir auch wieder auf der Bundesebene.

Das heißt, das gibt es im Moment noch nicht?

Nein, derzeit sind die Vorsitzenden von CDA und MIT nicht Mitglieder im Bundeskabinetts.

Viele in der CDU hadern mit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel, einige treten frustriert aus. Wie kriegen wir die wieder zurück?

Wir haben viele Mitglieder wegen unterschiedlicher Themen verloren. Wir haben auch viele neue Mitglieder in den letzten Jahren gewonnen. Wenn man lange regiert, ist sicher jeder irgendwann mal nicht einverstanden mit einer Entscheidung, manche verlassen darüber dann die Partei. Sie kennen meine Haltung zur Flüchtlingspolitik. Mir war immer wichtig, dass wir die offenen Binnengrenzen in Europa erhalten und keine Grenzen im Binnenmarkt schließen. Aber das Entscheidende ist für die Menschen: Ist das System geordnet? Der, der schutzbedürftig ist, soll bleiben. Wer nicht schutzbedürftig

ist, muss auch zurückgeführt werden. Da sind in den letzten Jahren viele Gesetze verabschiedet worden im Bundestag. Wir haben heute eine andere Gesetzeslage als 2015. Die Flüchtlingszahlen gehen deutlich zurück. Mein Eindruck ist, wenn die Menschen sehen, die Politik hat das Problem im Griff – der Staat weiß, wer im Land ist, es gibt keinen überforderten Staat wie es zum Teil 2015 der Eindruck war – dann wissen sie wieder, es gibt auch noch andere wichtige Themen, über die wir dann sprechen.

Die nächsten Fragen bitte nur mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben einen Joker. Ist eine schwarz gelbe Koalition im Bund irgendwann noch einmal möglich?

Ja.

Wissen Sie jetzt schon, ohne einen Namen zu nennen, wer wahrscheinlich der beste CDU-Kanzlerkandidat wäre?

Ja.

Die Grünen werden die SPD als linke Volkspartei ablösen.

Ja.

Muss die CDU ihre Mitglieder bei Entscheidungen stärker einbinden?

Ja.

Auch bei Personalentscheidungen?

Ich bin gegen eine Urwahl. Aber alles, was man tut, muss von den Mitgliedern mitgetragen werden.

Eine Satzvervollständigung zum Schluss. Das für mich schönste Amt nach dem Ministerpräsidentenamt in NRW wäre ...

(denkt lange nach) Es gibt kein schöneres Amt. ●

MEHR RENTE FÜR MEHR MENSCHEN

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen eine möglichst hohe und zuverlässige Absicherung im Rentenalter. Mehr Leistung, ein Leben lang: Das bietet Die Deutsche Betriebsrente.

Chance auf höhere Renditen, intelligent abgesichert

Die Deutsche Betriebsrente basiert auf einem kapitalmarktorientierten Pensionsfonds und nutzt alle Vorteile eines modernen Sozialpartnermodells. Durch freie Kapitalanlage, den Verzicht auf teure Garantien und geringe Kosten steigt die Chance auf höhere Renditen. Für stabile Rentenzahlungen sorgen intelligente Sicherungsmechanismen.

Flexibel, nachhaltig, sozial

Die Sozialpartner legen individuell fest, ob und welche Nachhaltigkeitsfaktoren bei der Kapitalanlage berücksichtigt werden sollen. Sie können nach Wunsch für ihre Arbeitnehmer einen Invaliditäts- und Todesfallschutz ohne Gesundheitsprüfung vereinbaren. Bezahlbar und unkompliziert.

 **DIE DEUTSCHE
BETRIEBSRENTE**

Weitere Informationen unter:
www.diedeutschebetriebsrente.de

Minimaler Verwaltungsaufwand

Die Deutsche Betriebsrente bündelt Information, Beratung, Verwaltung und Reporting in einem digitalen Portal rund um die Uhr. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Sozialpartner greifen auf eine gemeinsame Benutzerplattform zu. Digitale Schnittstellen zum jeweiligen HR-System des Arbeitgebers gewährleisten einen möglichst geringen Arbeitsaufwand und niedrige Verwaltungskosten. Für Datensicherheit made in Germany sorgen klare Regelwerke, fachlicher Support und ein transparentes Berichtswesen.

Eine Kooperation von Talanx und Zurich

Für Die Deutsche Betriebsrente kooperieren zwei starke Partner miteinander, die seit Jahrzehnten betriebliche Versorgungsmodelle und kollektive Kapitalanlagen umsetzen.

Vorteile für Sozialpartner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Die Deutsche Betriebsrente sorgt als Sozialpartnermodell dafür, dass alle Beteiligten gewinnen: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wirken an der Gestaltung mit und stärken ihre Branche. Arbeitgeber profitieren von einer hohen Kostentransparenz und einer einfachen Verwaltung. Arbeitnehmer haben die Chance auf eine höhere Rente, einen Arbeitgeberzuschuss und eine individuelle Absicherung ohne Gesundheitsprüfung.

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
info@diedeutschebetriebsrente.de

UNGEWOHNT, ABER MÖGLICH

Wie funktioniert eine Minderheitsregierung?

In Thüringen streben Linke, SPD und Grüne eine Regierung ohne Mehrheit an. Auch im Bund wird nach dem SPD-Mitgliederentscheid offen über eine Minderheitsregierung debattiert. Während viele darin nur eine Not- oder Übergangslösung sehen, bietet diese Konstellation aber durchaus auch Chancen.

Jahrzehntlang war das politische System der Bundesrepublik geprägt von zwei Lagern: dem „bürgerlichen“ Lager unter Führung der Unionsparteien auf der einen, und dem SPD-geführten „linken“ Lager auf der anderen Seite. Heute stellt sich das deutsche Parteiensystem zersplittert dar. Erstmals seit den 1950er Jahren sitzen wieder sieben Parteien im Deutschen Bundestag. Entsprechend schwer haben es die „großen“ Volksparteien, eine stabile Koalition zu bilden. Denkbar wird dann auch eine Regierung ohne Mehrheit.

Wer kann sie bilden?

Theoretisch kann jede Partei eine Minderheitsregierung initiieren. In Thüringen beispielsweise, wo weder Rot-Rot-Grün noch Schwarz-Gelb eine Mehrheit haben (eine Koalition mit der AfD schließen CDU und FDP aus), könnte das Linksbündnis sich von einer weiteren Partei unterstützen lassen – von CDU, AfD oder FDP. Auch die CDU hätte theoretisch, obwohl nur drittstärkste Partei, ein Minderheitsbündnis mit SPD, Grünen und FDP bilden können – und sich wahlweise von Linkspartei oder AfD, oder Teilen dieser Fraktionen unterstützen lassen.

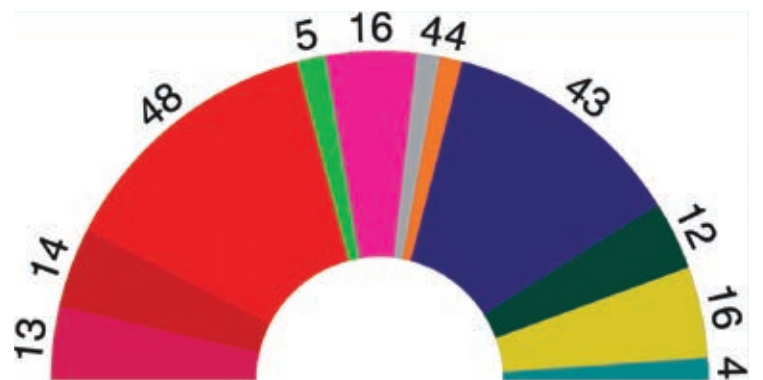
So funktioniert sie

Eine Minderheitsregierung braucht bei Abstimmungen die Unterstützung anderer Parteien,

um Gesetze zu beschließen. Sie muss also von anderen Fraktionen gebildet werden, sonst würde sie schnell scheitern. Das bedeutet, dass immer wieder neue Kompromisse mit anderen Parteien oder einzelnen Abgeordneten ausgehandelt werden müssen. Einfacher wäre zunächst die Wahl eines Regierungschefs. Erhält ein Kandidat in den ersten beiden Wahlgängen keine absolute Mehrheit, wäre im dritten Wahlgang nur noch eine relative Mehrheit nötig.

Sitzverteilung nach der Folketingswahl am 7. Mai 2019 in Dänemark

In Dänemark sind Minderheitsregierungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Dort regieren derzeit die Sozialdemokraten allein, stellen alle Minister. Die nötige Mehrheit suchen sie sich meist im „roten Block“ (linke Seite), aber themenbezogen auch im „blauen Block“ (rechte Seite).



Insgesamt 179 Sitze

■ Einheitsliste (Ø): 13

■ Sozialistische Volkspartei (F): 14

■ Sozialdemokraten (A): 48

■ Alternative (Å): 5

■ Sozialliberale (B): 16

■ Färøer/Grönland: 4

■ Liberale Allianz (I): 4

■ Liberaler Partei (V): 43

■ Konservative (C): 12

■ Dänische Volkspartei (O): 16

■ Neue Bürgerliche (D): 4

Beispiele in Deutschland

In Deutschland wurden Minderheitsregierungen bislang eher auf Länderebene gebildet. So zum Beispiel in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein. Lange hielt kaum eines dieser Bündnisse. Zuletzt scheiterte SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Düsseldorf. Ihr fehlte zusammen mit den Grünen 2010 nur eine Stimme zur absoluten Mehrheit. Sie ließ sich von den Linken dulden. Keine zwei Jahre später scheiterte die Minderheitsregierung, weil Krafts Haushaltsentwurf keine Mehrheit erhielt. Daraufhin löste sich das Parlament auf.

Erfolgreicher war Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD), der ab 1994 acht Jahre eine Minderheitsregierung führte. Bei der Landtagswahl 1994 verfehlte die CDU-FDP-Koalition ihre Mehrheit, für SPD und Grüne allein reichte es auch nicht. Höppner bildete daher eine von der PDS gestützte rot-grüne Minderheitsregierung. Vier Jahre später regierte die SPD nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Landtag allein auf Minderheitsbasis. Die beiden Regierungen gingen als „Magdeburger Modell“ in die Geschichte ein.

Aber auch auf Bundesebene gab es bereits Minderheitsregierungen. Zweimal war das Scheitern einer Koalition der Grund. Als Ende Oktober 1966 die FDP aus der zweiten Regierung Ludwig Erhards ausstieg, regierte die CDU etwa einen Monat lang bis zur nächsten Bundestagswahl allein.

Als die FDP-Minister im September 1982 aus dem Kabinett von Helmut Schmidt ausstiegen, regierte die SPD genau zwei Wochen lang allein. Dann löste Helmut Kohl die SPD-Regierung durch ein konstruktives Misstrauensvotum ab und Union und FDP übernahmen das Ruder. Etwas länger, nämlich gut vier Monate, regierte Willy Brandt ohne absolute Mehrheit. Als die erste sozialliberale Regierung im Mai 1972 durch Fraktionsübertritte die absolute Mehrheit verlor, stellte Willy Brandt im September die Vertrauensfrage, die dann zur Neuwahl führte.

Vorbild Dänemark?

Deutsche Parlamente tun sich traditionell schwer mit Minderheitsregierungen. Das liegt auch an den Erfahrungen der Weimarer Republik mit vielen instabilen Regierungen. In Skandinavien, Großbritannien und Kanada ist dieses Modell durchaus üblich. In Dänemark beispielsweise, wo immer schon viele Parteien konkurrierten, ist die Minderheitsregierung die Regel. Das letzte Kabinett mit eigener Mehrheit regierte von 1968 bis 1971. Im Parlament wird dann so lange diskutiert, bis politische Ideen umsetzbar sind, auch über Lagergrenzen hinweg. Dem liegt aber auch ein kultureller Unterschied zugrunde. Während ein Kompromiss in Deutschland oft als „kleinster gemeinsamer Nenner“ eher negativ behaftet ist, ist der Begriff in Däne-

mark und Schweden positiv besetzt. Dort wird der Kompromiss in erster Linie als Lösung einer Sachfrage zum Nutzen der Gesellschaft gewertet.

Vor- und Nachteile

Eine Koalition mit eigener Mehrheit kann sich durch die in Deutschland übliche Fraktionsdisziplin ziemlich sicher sein, Gesetzesvorhaben durch das Parlament zu bekommen. Verhandlungen mit Bündnispartnern können mitunter lange dauern und gelten nur auf einzelne Themen bezogen. Daher gelten die geringere Beständigkeit, Berechenbarkeit und auch Geschwindigkeit des Regierungshandelns als Nachteile einer Minderheitsregierung. Das gilt für Deutschland gerade auch im internationalen Kontext.

Das bedeutet aber nicht zwingend, dass eine Minderheitsregierung instabiler ist als eine Koalitionsregierung. Zumindest auf Bundesebene kann der Regierungschef vom Parlament nicht zu Neuwahlen gezwungen oder abgewählt werden. Er kann nur abgelöst werden, wenn sich im Parlament eine absolute Mehrheit für einen anderen Kanzler findet („konstruktives Misstrauensvotum“). Auf das aktuelle Parlament bezogen, müssten beispielsweise SPD, Grüne und Linke mit der AfD oder der FDP einen Kandidaten wählen. Das gilt als nahezu ausgeschlossen. Eine Minderheitsregierung ohne Koalitionspartner hätte es zudem im EU-Rat leichter. Die derzeit oft übliche Enthaltung der deutschen Regierung („German Vote“), weil sich Unions- und SPD-Ressorts nicht einigen können, entfiel dann. Auch könnten alle Verordnungen geändert werden, für die eine Regierung nicht die Zustimmung des Parlaments braucht. Darüber hinaus kann die Regierung viele Projekte im normalen Regierungshandeln umsetzen, inklusive aller Personalentscheidungen in Ministerien und nachgeordneten Behörden. Voraussetzung dafür ist aber ein erfolgreich aufgestellter Haushalt, wie es ihn auf Bundesebene für 2020 schon gibt.

Weiterhin spricht für eine Minderheitsregierung, dass die inhaltliche Arbeit aus den Hinterzimmern der Regierung in die Öffentlichkeit des Parlaments verlagert würde. Das bringt mehr Transparenz und belebt die Debatte. Es wäre dann stets ersichtlich: Für welchen Kurs steht die Regierungspartei – und wer ist dagegen? Denn eines würde in einer Minderheitsregierung nicht mehr passieren: dass ein Koalitionsvertrag voller Kompromisse für vier Jahre besiegelt und dann nur noch abgearbeitet wird. ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

PRO & CONTRA

Sind Albanien und Nordmazedonien reif für die EU?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Matthias Wilkes (60) ist Kreisvorsitzender der MIT im Landkreis Bergstraße, wo er von 2003 bis 2015 Landrat war. Der freiberufliche Berater engagiert sich zudem als Vorsitzender des Vereins der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

EU-Absage ist fatales Signal

Europa hat es geschafft, nach der schier unendlichen Brexit-Diskussion den zweiten innereuropäischen Scherbenhaufen anzurichten: Mit der Absage von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien ist der gesamte West-Balkan in eine tiefe Verunsicherung mit derzeit noch nicht absehbaren politischen Folgen gestürzt worden.

Sieger dieses tragischen Schauspiels ist nicht die EU, sondern sind China, Russland und die Türkei, die dieses Vakuum im Wettbewerb um den Einfluss in dieser Region jetzt zu nutzen wissen. Schon heute gehören diesen machtorientierten Staaten Häfen, Autobahnen, Kraftwerke und Flughäfen.

Bereits 2003 wurde allen sechs West-Balkanländern die Perspektive eines Beitritts zugesagt. Nordmazedonien und Albanien erfüllen schon lange die von der EU definierten formalen Kriterien. Dabei ist die Absage gegenüber Nordmazedonien geradezu eine Demütigung: Erst zu Beginn dieses Jahres hat der Staat vor dem Hintergrund der Versprechungen der EU unter großen innenpolitischen Diskussionen seinen Staatsnamen, Teile der nationalen Identität, etwa Symbole, und seine Verfas-

sung geändert. Die Absage der EU wirkt verständlicherweise wie ein Schock, in den das gesamte Land mit unabsehbaren politischen Folgen gestürzt wurde. Es wurden Neuwahlen angekündigt und nationalistische Kräfte drohen als Reaktion auf die EU-Entscheidung wieder die Oberhand zu gewinnen.

Maßgeblich für dieses europapolitische Fiasko war das Veto von Frankreich. Die Motivation für diese Haltung, die Angst vor nationalistischen Populisten im eigenen Land, war im Wesentlichen innenpolitisch. Die offizielle Begründung, zuerst die EU von innen zu stärken, ist fadenscheinig. Denn gerade die Vetoländer waren es, die die Festigung Europas mit einem Verfassungsvertrag schon 2005 abgelehnt haben. Dabei ging es nicht um eine Beitrittsentscheidung, sondern nur um Verhandlungen. Innerhalb dieser wäre Zeit und Platz gewesen, alle notwendigen Klärungen für einen tatsächlichen Beitritt herbeizuführen. Auch die Gefahr, sich daran „politisch zu verheben“ besteht im Hinblick schon allein aufgrund der Größenverhältnisse nicht: Alle sechs West-Balkanstaaten zusammen haben gerade einmal so viele Einwohner wie das Bundesland Nordrhein-Westfalen. ●

PRO

Integration gegen Reformen – dieses Versprechen gab die Europäische Union 2003 sechs Ländern in der Westbalkan-Region. Mit Montenegro und Serbien laufen bereits EU-Beitrittsverhandlungen – nun sollen auch noch Nordmazedonien und Albanien hinzukommen. Sind die beiden Balkanstaaten reif für die EU?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

EU darf nicht Korruption importieren

Der Balkan braucht eine europäische Perspektive – weil er ein Teil Europas ist. Dazu zählt auch die Mitgliedschaft in der EU. Die EU ist ein historisch einmaliger Staatenbund, der sich vor allem durch Rechtsstaatlichkeit und offene Demokratie auszeichnet. Prinzipienfestigkeit hat die EU in Krisen stabilisiert und sie zu einem regionalen und globalen Player gemacht; sie gibt Sicherheit in internationaler Unsicherheit.

Die Aufnahmebedingungen für die EU sind in den Kopenhagener Kriterien eindeutig formuliert. Wer in die EU will, der muss liefern. Weder Albanien noch Nordmazedonien – Serbien übrigens auch nicht – erfüllen derzeit diese Kriterien. Die Eliten dort wollen die Milliarden, aber nicht die Werte der EU.

In Albanien ist der Staat direkt mit organisierter Kriminalität verbunden, es können Gerichtsurteile gekauft werden – einen Rechtsstaat nach europäischem Standard gibt es nicht. Nordmazedonien hat durch den Ausgleich mit Griechenland einen Beitrag zur Stabilität erbracht, aber im Inneren sind Strukturen und Eliten endemisch korrupt.

Korruption bleibt der politische Krebs dieser Region, ist der Nährboden

für Konflikte. Während die Menschen leiden, plündern die Eliten das Land aus. Wenn die EU nicht mehr stark genug ist, um eigene Prinzipien aufrechtzuerhalten, würde sie Korruption, Kriminalität und auch Konflikte importieren. Eine „Konkurrenz der Korruption“ mit Russland, China und der Türkei wollen wir nicht aufnehmen. Keine Macht der Erde darf die EU dazu zwingen, ihre Grundprinzipien aufzuweichen – es wäre der Anfang vom Ende der EU, und der europäischen Friedensordnung nach dem Krieg.

Wir müssen den Balkan weiter unterstützen – dazu müssen wir endlich die korrupten Eliten sanktionieren. Wachsweiße EU-Erklärungen über Korruption haben dort nur die Wirkung, dass die EU sich lächerlich macht.

Wer also in die EU will, muss europäisch liefern. Die Menschen auf dem Balkan wollen Europa, sie sind wütend auf ihre korrupten Eliten. Die EU muss den Menschen helfen, nicht den Eliten. Ohne Rechtsstaat, ohne echte Bekämpfung von Korruption keine Beitrittsverhandlungen. Die EU darf hier nicht länger wegschauen. Dann hat der Balkan, und erst dann, eine wahrhaft europäische Perspektive. ●

CONTRA



Michael Brand (46) ist seit 2005 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Fulda. Er ist Vize-Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südosteuropa und Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe.

CDU-Parteitag beschließt MIT-Reformanträge

Der 32. CDU-Parteitag hat wieder einmal gezeigt: Der CDU tut eine lebendige Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten gut. In zwei Tagen mit intensiven Beratungen fand die MIT für die meisten ihrer Anträge breite Mehrheiten. Aber auch die Kompromisse können sich sehen lassen.



1. Das MIT-Präsidium tagte bereits am Donnerstagnachmittag in Leipzig, um die Anträge zum CDU-Parteitag zu diskutieren. 2. Die Delegiertenvorbesprechung am Donnerstagabend: Die MIT stellte mehr als ein Drittel der 1001 Parteitagsdelegierten. 3. MIT-Mitglied Norbert Röttgen warnte vor einer Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns Huawei am Aufbau des deutschen 5G-Funknetzes.



Leitantrag für Soziale Marktwirtschaft

Schon im Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes waren wichtige Positionen der MIT enthalten. So hat sich die CDU der MIT-Forderung nach einer umfassenden Unternehmenssteuerreform angeschlossen. Der Reformvorschlag sieht eine Deckelung der Steuerlast auf 25 Prozent sowie eine bürokratische Entlastung vor. Personen- und Kapitalgesellschaften sollen steuerlich gleich behandelt werden. Auch die nachteilige Behandlung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapitalfinanzierung soll abgebaut werden.

Ebenso greift der Leitantrag das MIT-Steuermodell für eine umfassende Einkommensteuerreform mit allen drei Komponenten auf: mit der Abflachung der Steuersätze im unteren und mittleren Einkommensbereich („Mittelstandsbau“), dem späteren Ansetzen des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent sowie der Erhöhung des Werbungskostenpauschbetrags. Auf Antrag der MIT nahm der CDU-Parteitag dann auch die Anhebung des Kinderfreibetrags auf das Niveau des Grundfreibetrags für Erwachsene auf. Ferner bekennt sich die CDU erneut zur vollständigen Soli-Abschaffung. Der Parteitag folgte weiterhin dem Antrag der MIT, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 2,5 auf 2,0 Prozent zu reduzieren.

Nach kontroverser Debatte nahm der Parteitag auch den MIT-Antrag zur Modernisierung des starren deutschen Arbeitszeitgesetzes an. Die Delegierten stimmten für eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Konkret soll – gemäß den Spielräumen, die die EU-Arbeitszeitrichtlinie bietet – nicht mehr eine tägliche, sondern eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit festgelegt werden. Die Regelung soll für tarifgebundene und tarifungebundene Unternehmen gelten.

Harte Bedingungen für Grundrente

Gemeinsam mit der Jungen Union hat die MIT einen klaren Beschluss zur Grundrente bewirkt: Die CDU bekennt sich

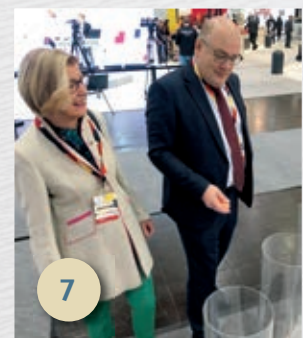
dazu, dass die mit der SPD vereinbarten Bedingungen „mit Inkrafttreten der Grundrente eingehalten werden“. Dazu zählen der voll funktionsfähige automatische Datenaustausch zwischen Finanzbehörden und Rentenversicherung für die Einkommensprüfung, die Erfassung sämtlicher Kapitalerträge bei der Einkommensprüfung, eine gleichwertige Einkommensprüfung bei Auslandsrentnern sowie die vereinbarte Finanzierung durch eine europäische Finanztransaktionssteuer. Eine rein nationale Finanztransaktionssteuer wird ausgeschlossen.

Private Altersvorsorge verbessern

Die CDA sowie zwei CDU-Landesverbände haben sich für eine verpflichtende und staatlich organisierte kapitalgedeckte Altersvorsorge starkgemacht. Diesem Antrag setzte die MIT einen Initiativantrag entgegen, mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der privaten Altersvorsorge („Riester“). Nach intensiven Verhandlungen einigten sich beide Seiten auf einen Kompromiss: Das staatliche Obligatorium soll es zunächst nicht geben. Stattdessen soll – wie von der MIT beantragt – die private Altersvorsorge unbürokratischer und finanziell attraktiver gestaltet werden. Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, hat die Finanzwirtschaft drei Jahre Zeit, um deutlich mehr Beschäftigte für eine private (und/oder) betriebliche Altersvorsorge zu gewinnen. Erst wenn dies nicht ausreichend gelingt, soll ein staatliches Obligatorium kommen.

MIT-Parteitagstand

Die MIT hatte wieder einen viel besuchten Stand im Ausstellergelände des Parteitags. Dort schauten zahlreiche prominente Besucher vorbei, unter anderem CDU-Chefin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, CSU-Chef und Ministerpräsident Markus Söder, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus, Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner, Kanzleramtschef Helge Braun, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und Friedrich Merz. Sie nahmen wie Hunderte Parteitagdelegierte und -Gäste auch an zwei Abstimmungen der MIT teil. Am Freitag ging es um die Frage, was die CDU dringend in der Großen Koalition umsetzen sollte. An erster Stelle landete die vollständige Soli-Abschaffung knapp vor den gleichauf liegenden Punkten Arbeitszeitflexibilisierung, Unternehmenssteuern senken und Gesellschaftsjahr einführen. Am Samstag lautete die Frage: Wie bleibt die CDU Volkspartei? Hier machten „digitale Beteiligungsformate“ klar das Rennen vor Amtszeitbegrenzungen und Mitgliederentscheiden. „Verbindliche Quoten“ kamen am wenigsten an. Erfreulich: Auf dem Parteitag konnte die MIT mehrere Neumitglieder gewinnen.



4./5. Der MIT-Stand zog mit Kickertisch, Spielkonsole und Live-Übertragung viele Delegierte und Gäste an. 6. Unionsfraktionsvize Nadine Schön, 7. Christiane Oertzen, BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter, 8. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner





9



10

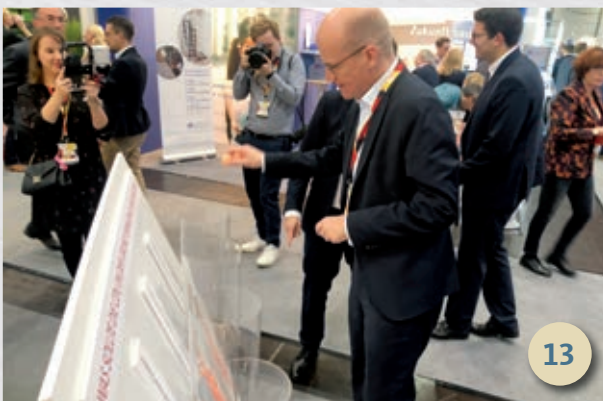


11



12

9. Der neue CDU-Bundesgeschäftsführer Stefan Hennewig, 10. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, 11. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, CSU-Chef Markus Söder und MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben (v.r.), 12. Friedrich Merz, Antje Lezius MdB, 13. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus



13

EU auf Kernthemen konzentrieren

Die Europäische Union soll auf Antrag der MIT auf ihre Kernthemen reduziert werden: auf Sicherheit, Verteidigung, Migration, Energie- und Klimapolitik sowie die Weiterentwicklung des Binnenmarktes. Sozial- und Gesundheitspolitik muss Sache der Nationalstaaten bleiben. Sozialversicherungssysteme oder Rückversicherungssysteme auf EU-Ebene werden abgelehnt. Eine Vergemeinschaftung von Schulden wird abgelehnt und ein Ende der lockeren EZB-Geldpolitik gefordert.

Planen und Bauen beschleunigen

Ein gemeinsam mit JU und einigen CDU-Landes- und Kreisverbänden eingebrachter 12-Punkte-Plan zur Planungsbeschleunigung wurde ebenfalls angenommen. Damit spricht sich die CDU für verkürzte Abläufe im Planungs- und Genehmigungsrecht – unter anderem durch Einschränkung des Verbandsklagerechts für Umweltverbände –, für eine stärkere Nutzung der Digitalisierung und eine frühzeitige Einbindung von Bürgerinteressen aus (siehe auch ab S. 16).

Vorschulische Sprachförderung

Der CDU-Parteitag hat sich hinter die Forderung der MIT und ihres Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann gestellt, bundesweit verpflichtende Sprachtests bei Vierjährigen einzuführen. Bei festgestellten Defiziten soll es obligatorische vorschulische Förderung geben. Einschulungen für nicht ausreichend Deutsch sprechende Kinder sollen nur in Kombination mit Sprachförderung oder notfalls nach einer Rückstellung mit zusätzlicher Sprachförderung erfolgen. Das Versäumen der Tests oder der Förderangebote soll sanktioniert werden.

Sachleistungsprinzip für Asylbewerber

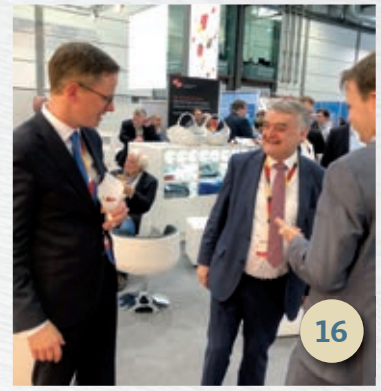
Die CDU setzt sich auf Antrag der MIT dafür ein, das Sachleistungsprinzip für Asylbewerber zu erweitern. Dabei soll die Gewährung von Sachleistungen unbürokratisch und diskriminierungsfrei über Prepaid-Debitkarten erfolgen.

Klage gegen Berliner Mietendeckel

Die CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Berliner Mietendeckel anzustreben.

Nicht angenommene Anträge

Abgelehnt wurden die MIT-Anträge zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zur Kritik an der geplanten Lebensmittelkennzeichnung, zur Begrenzung der Bundeskanzler-Amtszeiten und zur Normenkontrollklage gegen den Soli. Die Anträge für mehr Transparenz bei der Festlegung von Arzneimittelpreisen und zur Verkleinerung des Bundestages wurden an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen.



„Wir wollen Recht und Ordnung“

Der MIT-Vorsitzende Carsten Linnemann hat die CDU aufgefordert, für die „schweigende Mehrheit dieses Landes“ da zu sein. Das seien die, „die um ihr Tun kein Aufhebens machen. Die sich an Gesetz und Recht halten“, sagte Linnemann in der Aussprache zum Bericht der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer. Diese Mitte der Gesellschaft müsse die CDU stärker in den Blick nehmen und entlasten. Die Unternehmen brauchten Unterstützung durch eine umfassende Unternehmenssteuerreform, die fleißigen Menschen in der Mitte der Gesellschaft Entlastungen wie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

Die CDU müsse zudem für Rechtsstaatlichkeit stehen. „Unsere Partei steht für Recht und Ordnung, wie keine Partei in diesem Lande. Und auch hier haben wir in den letzten Jahren Vertrauen verspielt.“ Die CDU sei in der Wählergunst abgerutscht, kritisiert er. „Für eine Partei, die von sich selbst sagt, Volkspartei zu sein“, seien Umfragewerte um 25 Prozent entschieden zu wenig. „Das, was die Menschen von uns vermissen, sind Standpunkte, Haltung, Meinung, Überzeugungen. Genau dort müssen wir ansetzen und auch liefern.“



14. Kanzleramtschef Helge Braun, MIT-Vize Dorin Mützel-Brenncke, 15. MIT-Chef Carsten Linnemann, 16. Carsten Linnemann, NRW-Innenminister Herbert Reul, 17. MIT-Vize Jana Schimke, Notburga Kunert, 18. Nebenam Stand der CDA wurde um einen Kompromiss zur Zukunft der privaten Altersvorsorge gerungen. Mit dabei: Hessens Innenminister Thomas Schäfer, NRW-Arbeitsminister und CDA-Chef Karl-Josef Laumann, 19. Hier entstand der Kompromiss aus gegensätzlichen Anträgen mit (v. r. im Uhrzeigersinn): Carsten Linnemann, Kai Whittaker, Thorsten Alsleben, Thomas Strobl, Eva Rindfleisch, Thomas Schäfer und Karl-Josef Laumann, 20. Carsten Linnemann im Interview mit RTL/n-tv im Parteitagssaal



Foto: Laurence Chaperon



Die Rede finden Sie unter www.mit-bund.de/cdupt19



1

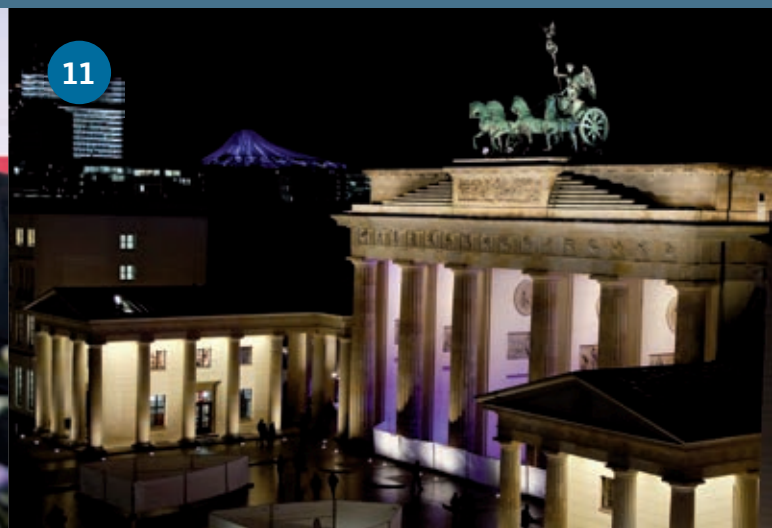
Deutscher Mittelstandspreis und Parlamentarischer Abend der MIT 2019

Mit rund 300 Gästen hat die MIT ihren Parlamentarischen Abend in Berlin gefeiert und dabei den Deutschen Mittelstandspreis verliehen. Die Preisträger in diesem Jahr waren der Tunnelbohrunternehmer Martin Herrenknecht (Kategorie Unternehmer), die Vox-Sendung „Die Höhle der Löwen“ (Kategorie Gesellschaft) sowie Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (Kategorie Politik). Herrenknecht forderte die Bundesregierung mit Blick auf die wachsende Konkurrenz aus China und den USA eindringlich zum Handeln auf. „Wenn wir so weiterwurschteln wie bisher, haben wir verloren“, sagte der Unternehmer aus dem Schwarzwald. Er forderte von der Politik eine vollständige Soli-Abschaffung, eine Reform der Unternehmensteuern

sowie beschleunigte Bauverfahren für Großprojekte. Für die Vox-Sendung „Die Höhle der Löwen“ nahmen Dagmar Wöhrl, Jurorin der Gründer-Show, und Produzentin Astrid Quentell, den Preis entgegen. Die Show wurde dafür ausgezeichnet, das Thema Unternehmensgründung einem breiten Publikum nahegebracht zu haben. Die Laudatio hielt die Moderatorin Verona Pooth. In einer emotionalen Laudatio würdigte anschließend Thüringens CDU-Chef Mike Mohring den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer für seine Geradlinigkeit. Unmissverständlich erteilte der kurz zuvor auch als Fraktionsvorsitzender wiedergewählte Mohring einer Zusammenarbeit mit der Linken oder der AfD eine Absage.



10



11



1. Astrid Quentell, Verona Pooth, Martin Herrenknecht, Dagmar Wöhr, Michael Kretschmer, Gitta Connemann, Mike Mohring, Dirk Vogler, Carsten Linnemann; 2. Dagmar Wöhr; 3. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann im Interview; 4. Allianz-Vorstand Dirk Vogler; 5. MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, Peter Ramsauer, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; 6. Carsten Linnemann, Astrid Quentell (Sony), Dagmar Wöhr, Verona Pooth, Jury-Vorsitzende Gitta Connemann; 7. Moderatorin Verona Pooth hält die Laudatio auf „Die Höhle der Löwen“; 8. Sascha Brok (Allianz), Ministerpräsident Michael Kretschmer, PKM-Chef Christian von Stetten; 9. Mike Mohring, Michael Kretschmer; 10. Sony-Produktionsteam von „Die Höhle der Löwen“; 11. Blick aus dem Allianz-Forum auf das Brandenburger Tor; 12. Carsten Linnemann, Mike Mohring, Michael Kretschmer, Gitta Connemann; 13. Gereon Haumann, MIT-Chef Rheinland-Pfalz, Jörg Meurer, MIT-Bundesvorstand, Stefan Brost, Vorsitzender MIT Belgien; 14. Unternehmerin Dagmar Wöhr, Verona Pooth; 15. Preisträger Martin Herrenknecht



EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Kommission kündigt KMU-Strategie an

Der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, wird endlich einen Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) benennen. Dieser soll eine Verbindungsrolle zwischen KMU und Kommission ausüben. Der PKM Europe fordert seit langem einen eigenen Kommissionbeauftragten für KMU. Unterstützt wird der Beauftragte von einer speziellen Arbeitsgruppe. Der Franzose Breton nennt die Leitlinien der künftigen KMU-Strategie: Es sollen bürokratische Abläufe vereinfacht und verzögerte Zahlungen an KMU, die für viele Unternehmensinsolvenzen verantwortlich sind, unterbunden werden. Die Kommission will zudem aktiv die Finanzierung von KMU fördern und die Binnenmarktregeln sowie die Digitalkompetenzen von KMU verbessern.



Auf Ausnahme von A1-Bescheinigungen noch warten

Derzeit klagen viele Mittelständler über bürokratische Belastungen durch die Vorabnotifizierung zum Erhalt einer A1-Bescheinigung bei Entsendungen in andere EU-Länder. Aktuell verhandeln Europäisches Parlament, Rat und Kommission über die Überarbeitung der zugrundeliegenden Verordnung. Der PKM Europe und die EVP-Fraktion befürworten eine generelle Befreiung von kurzen Dienst- und Geschäftsreisen von der A1-Bescheinigung. Auch die im Rat vertretenen Mitgliedsstaaten, die die Verordnung umsetzen, sprechen sich für die Ausnahme aus. Dieser unbürokratische Lösungsansatz wird aber noch von der SPD-Berichterstatterin Gabriele Bischoff behindert.



Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

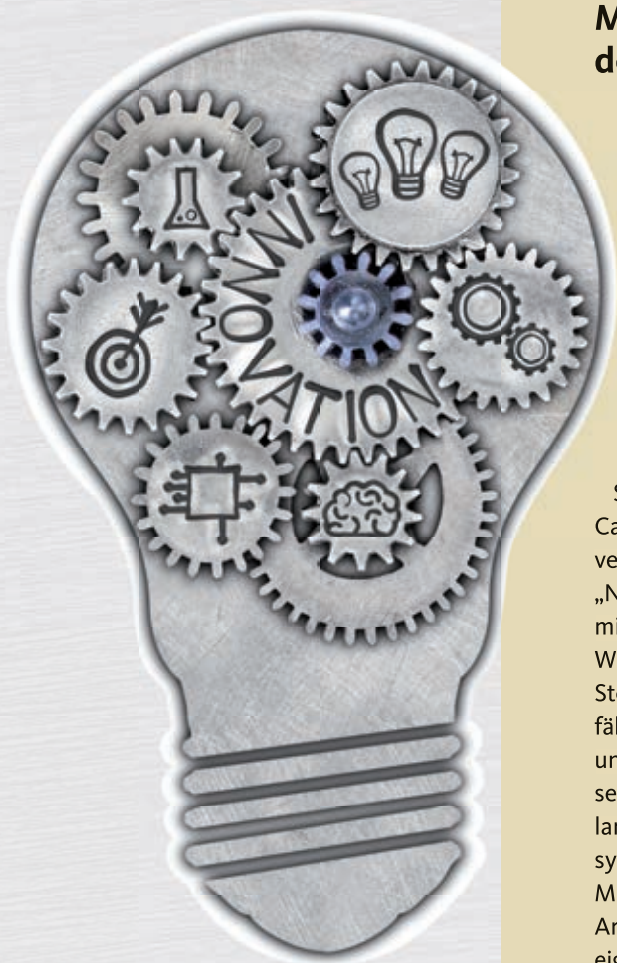
PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Gemeinnützigkeit

Benachteiligung von Vereinen ist absurd

Die MIT hat den Vorstoß von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), Vereinen aus Genderaspekten die Gemeinnützigkeit abzusprechen, abgelehnt: „Die Idee, einen Verein nur deshalb steuerlich schlechter zu stellen, weil er sich allein an Frauen oder Männer wendet, ist absurd“, sagte MIT-Chef Carsten Linnemann. Ein Männergesangsverein solle ebenso als gemeinnützig anerkennungsfähig bleiben wie ein Frauenchor. „Die Politik sollte unsere Vereine unterstützen, anstatt ihnen Steine in den Weg zu legen und sie als rückwärtsgewandt zu brandmarken.“ Der MIT-Vorsitzende fordert Scholz auf, den Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts „ohne ideologische Scheuklappen“ auf den Weg zu bringen: „Das Ehrenamt braucht schnellstmöglich Bürokratieentlastungen, etwa durch vereinfachte Spendenbescheinigungsverfahren oder durch eine Abschaffung der Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung bei jährlichen Einnahmen bis zu 45.000 Euro.“





Mit Sozialer Marktwirtschaft den Systemwettbewerb gewinnen

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat Ende November eine überarbeitete Industriestrategie 2030 vorgestellt. Beim Schutz besonders zukunftsträchtiger Branchen will Altmaier nun kurzfristig im Einzelfall entscheiden und keinen Fonds für staatliche Beteiligungen mit viel Geld ausstatten. Er bezeichnete einzelne Großkonzerne auch nicht mehr explizit als schützenswert. Die erste Fassung der Industriestrategie war unter anderem auch von der MIT wegen des einseitigen Fokus auf Großkonzerne kritisiert worden. In der neuen Fassung fordert der Minister unter anderem Steuersenkungen und einen Deckel für Sozialausgaben. Carsten Linnemann, MIT-Bundesvorsitzender und stellvertretender Unionsfraktionsvorsitzender für Wirtschaft: „Nach der Mittelstandsstrategie zeigt Peter Altmaier auch mit seiner Industriestrategie, welche Reformen unser Wirtschaftsstandort dringend braucht: Eine umfassende Steuerreform, einen flexibleren Arbeitsmarkt, wettbewerbsfähige Stromkosten, eine stärkere Wagniskapitalförderung und klare Regeln für ausländische Investitionen in hochsensible und sicherheitsrelevante Technologien.“ Deutschland befinde sich in einem Wettbewerb mit Wirtschaftssystemen, die stärker auf staatliche Subventionen, Marktabschottung und Intervention setzen. „Statt diese Art der Industriepolitik zu kopieren, müssen wir ihr unser eigenes Modell der Sozialen Marktwirtschaft entgegensetzen. Mit anderen Worten: Wir sollten nicht chinesischer werden, sondern wettbewerbsfähiger“, sagte Linnemann.

Deutscher Mittelstandspreis

Ausschreibung bis 12. Januar

Die Ausschreibung zum Deutschen Mittelstandspreis der MIT im kommenden Jahr läuft. Noch bis zum 12. Januar 2020 nimmt die Jury Vorschläge entgegen. Der Preis, der besonderes Wirken im Einklang mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hervorhebt, wird in den drei Kategorien Politiker, Unternehmer sowie Akteur der Gesellschaft verliehen. In diesem Jahr wurden Michael Kretschmer, Martin Herrenknecht und die VOX-Sendung „Die Höhle der Löwen“ ausgezeichnet. Vorschläge müssen online eingereicht werden unter: www.mit-bund.de/nominierung-preis-2020

Industriestandort Deutschland



Betriebsrentner werden entlastet

Seit Jahren kämpft die MIT für eine Entlastung von Betriebsrentnern. Das wird nun endlich umgesetzt. Die ungerechte Doppelverbeitragung wird zwar nicht abgeschafft, aber zumindest gemildert. Statt der bisherigen Freigrenze bekommen Betriebsrentner einen Freibetrag in Höhe von 159,25 Euro bewilligt. Das heißt: Nur der Teil, der über diesem Freibetrag liegt, wird mit dem Beitrag der jeweiligen Krankenkasse belastet. Damit zahlen schätzungsweise rund 60 Prozent der Betriebsrentner nur noch den halben Beitragssatz. Von dem Freibetrag werden auch Betriebsrentner profitieren, deren Rentenbezug vor 2020 begonnen hat oder deren Kapitalauszahlung weniger als zehn Jahre zurückliegt. „Rund vier Millionen Betriebsrentner werden von der Entlastung profitieren. Das ist auch ein wichtiges Signal für die junge Generation: Altersvorsorge lohnt sich!“, sagte Bundesgesundheitsminister und MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Die Entlastungswirkung beträgt insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro.

Stellenausschreibung

Bundesgeschäftsstelle sucht Verstärkung

Die MIT-Bundesgeschäftsstelle sucht ab sofort Praktikanten oder Werkstudenten (m/w/d) für die Bereiche Politik und Veranstaltungen. Das Praktikum dauert zwei bis drei Monate, bei Pflichtpraktika und Werkstudenten ist eine längere Laufzeit möglich. Zu den Aufgaben gehört unter anderem die Mitarbeit an der Konzeptionierung und Umsetzung des Events MIT:FUTURA. Die Tätigkeit wird angemessen vergütet. Zudem sucht die MIT ab Februar oder September 2020 einen Auszubildenden (m/w/d) zum Kaufmann/zur Kauffrau für Büromanagement.

Mehr Informationen unter:
www.mit-bund.de.



Großer Unmut über Kassenbonpflicht

Ein Kassengesetz aus der letzten Legislaturperiode sorgt nun für Ärger: Einzelhändler, Bäcker, Friseure und Gastronomen müssen ab 1. Januar 2020 an jeden Kunden einen Bon ausgeben – unabhängig davon, ob der Kunde diesen will oder nicht. Zwar können Betriebe nach Paragraph 148 der Abgabenordnung eine Befreiung von der Bonpflicht beantragen. Doch der Paragraph dürfte nur auf einen kleinen Teil der Betriebe anwendbar sein. Wäre es nach den Plänen der SPD gegangen, hätte es eine noch strengere, generelle Registrierkassenpflicht gegeben, die auch für mobile Wagen oder Stadionverkäufer gegolten hätte. Dies konnte die CDU verhindern. „Im Einzelhandel in Deutschland rechnen wir mit mehr als zwei Millionen Kilometer zusätzlicher Länge an Kassenbons im Jahr“, sagt Ralph Brügelmann vom Handelsverband Deutschland (HDE). Nach Einschätzung des HDE führe die Bonpflicht zudem nicht zu mehr Sicherheit gegen Steuerhinterziehung. Denn schon heute wird bei Kassen, die mit einer technischen Sicherheitseinrichtung ausgerüstet sind, beim ersten Tastendruck eine Transaktion eröffnet. Diese kann nicht mehr im Nachhinein gelöscht werden, ohne Spuren zu hinterlassen. Da diese Sicherheitseinrichtungen ebenfalls Bestandteil des neuen Kassengesetzes sind, sollte die Bonpflicht eigentlich obsolet sein. Die MIT versucht derzeit, über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Möglichkeit der Ausnahmen für kleine Einzelhändler, Handwerker und Gastronomen zu erleichtern. Das Gesetz sah dafür zunächst Möglichkeiten vor, die aber vom Bundesfinanzministerium eingeschränkt wurden.

Bürokratiekosten

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... für mich ein auf Augenhöhe stattfindender Dialog der freien Wirtschaft mit der Politik unumgänglich ist. Politik erfolgt allzu oft fernab der wirtschaftlichen Realität.“



Dominique Emerich

Rechtsanwältin,
MIT Konstanz

... sie gerade im wirtschaftlich starken Hamburg den kleinen und mittleren Unternehmen eine starke wirtschaftspolitische Stimme verleiht.“



Christoph Ploß

Historiker und Bundestags-
abgeordneter, MIT Hamburg-Nord

... die MIT den Markenkern der CDU kompetent und wahrnehmbar vertritt und dabei vernunftorientierte Lösungsvorschläge für unser Land aufzeigt.“



Sabine Buder

Tierärztin,
MIT Barnim

Dominique Christine Emerich (36) wurde die Selbstständigkeit bereits durch den elterlichen Betrieb in die Wiege gelegt. Ihre juristische Ausbildung führte sie unter anderem nach Konstanz, Dresden und Speyer. Seit sieben Jahren führt sie in Konstanz eine Rechtsanwaltskanzlei mit dem Schwerpunkt Wasserrecht. Hier betreut sie alle Themen rund um Seegrundstücke und das Bodenseeufer. Emerich ist seit mehr als 20 Jahren politisch aktiv, derzeit als stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Konstanz sowie als Beisitzerin im CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg. Ihr Wunsch ist es, abwandernde Wähler mit zukunftsorientierten Themen wiederzugewinnen, damit jeder „Unternehmer wieder weiß, wofür diese Partei der Mitte steht.“

Dr. Christoph Ploß (34) ist promovierter Historiker und war zunächst in der Unternehmenskommunikation eines Hamburger Medien- und Verlagshauses tätig. 2017 wurde er als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Hamburg-Nord in den Bundestag gewählt. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU und im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Ploß ist stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hamburg und Kreisvorsitzender der CDU Hamburg-Nord. Er war viele Jahre kommunalpolitisch aktiv und Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Der MIT-Bundesvorstand hat ihn als Co-Vorsitzenden der neuen Kommission "Bau und Verkehr" eingesetzt und zugleich als Gastmitglied in den Vorstand berufen.

Dr. Sabine Buder (35) ist praktische Tierärztin mit eigener Praxis in Biesenthal in Brandenburg. Durch die tierärztliche Bestandsbetreuung von landwirtschaftlichen Nutztierhaltungen kennt sie die Herausforderungen in der Landwirtschaft und das Entwicklungspotential des ländlichen Raums. Ihre Expertise durfte sie in der Fachgruppe „Landwirtschaft und Umwelt“ in die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Brandenburger Landesregierung einbringen. In ihrer Freizeit engagiert sie sich als Stadtverordnete ihrer Heimatstadt sowie als Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Kreistages Barnim. Als Mutter von vier Kindern ist es ihr Ziel, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.10.2019)

Vechta
(Niedersachsen)
860 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
586 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Fulda
(Hessen)
576 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
456 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Meppen
(Niedersachsen)
404 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Günter Reisner

Verbände mit größten absoluten Zuwachs (30.9.2019 – 31.10.2019)

11
Kitzingen
(Bayern)
11 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Tibor L. Brumme

6
Erlangen-Höchstadt
(Bayern)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Peter Brehm

5
Göttingen
(Niedersachsen)
5 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Niklas Ercan

4
Delmenhorst
(Niedersachsen)
5 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Peter Bauer

4
Bamberg-Land
(Bayern)
4 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Rudolf Schramm

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (30.9.2019 – 31.10.2019)

+25 %
Neunkirchen (Saarland)
Kreisvorsitz: Kai Grunder

+18 %
Kitzingen (Bayern)
Kreisvorsitz: Tibor L. Brumme

+8 %
Erlangen-Höchstadt
(Bayern)
Kreisvorsitz: Peter Brehm

+15 %
Sigmaringen (Baden-Württemberg)
Kreisvorsitz: Margarete Reiser

+8 %
Potsdam (Brandenburg)
Kreisvorsitz: Ferdinand Fiedler





**BEST
ADVICE**

Einziges bAV-Produkt
mit flexibler Förderung
in einem Vertrag

- > Betriebliche Altersversorgung
- > Direktversicherung

HDI

Eine Betriebsrente,
die all Ihren Mitarbeitern
immer gerecht wird.

Astronaut oder Banker? Azubis, Familienväter, Best Ager?
Wen auch immer Sie beschäftigen: Mit HDI punkten Sie
bei Ihren Mitarbeitern! Denn unsere neue bAV passt sich
während der gesamten Vertragslaufzeit grenzenlos flexibel
an – ganz gleich, wie das Leben Ihrer Mitarbeiter so spielt!
Die Vorteile für Sie als modernen Arbeitgeber: einfach zu-
friedenere Angestellte und sicher mehr Mitarbeiterbindung.
Jetzt Infos einfordern!

Der neue Ford Kuga Plug-in-Hybrid
*Charging the future
of business.*



Wirtschaftlich.
Zukunftsorientiert.
Grenzenlos mobil.

Für Ihren Fuhrpark mit
€ 5.000,-
Hybrid-Bonus¹

und
0%
Finanzierung²

Mehr zu unseren exklusiven Hybrid-Angeboten unter ford.de/hybrid-bonus

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): 2,9–1,2 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 66–26 g/km (kombiniert); Stromverbrauch: 15,8–10,3 kWh/100 km (kombiniert).



Eine Idee weiter

Beispielfoto eines Fahrzeuges der Baureihe. Die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeuges sind nicht Bestandteil des Angebotes. Bitte beachten Sie ebenso unser Angebot zum neuen Ford Explorer Plug-in-Hybrid. ¹ Bei Kauf eines neuen Ford Kuga Titanium Plug-in-Hybrid erhalten Sie € 5.000,- Hybrid-Bonus. € 39.950,- UPE abzügl. € 5.000,- Hybrid-Bonus = € 34.950,- Aktionspreis. Gilt für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden), bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Gilt für einen neuen Ford Kuga Titanium Plug-in-Hybrid, 2,5-l-Duratec Plug-in-Hybridmotor mit Systemleistung gesamt 165 kW (225 PS), CVT-Automatikgetriebe, inklusive Metallic-Lackierung. ² Ein Finanzierungsangebot der Ford Bank GmbH, Josef-Lammerting-Allee 24–34, 50933 Köln, erhältlich als Klassische Finanzierung, Systemfinanzierung und Ford Auswahl-Finanzierung. Angebot gilt für noch nicht zugelassene, für das jeweilige Zinsangebot berechnete neue Ford Pkw bei verbindlicher Kundenbestellung und Abschluss eines Darlehensvertrages und nur für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden), bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Bitte sprechen Sie für weitere Details Ihren teilnehmenden Ford Partner an. Das Angebot stellt das repräsentative Beispiel nach § 6a Preisangabenverordnung dar. Z. B. gilt für einen neuen Ford Kuga Titanium Plug-in-Hybrid, 2,5-l-Duratec Plug-in-Hybridmotor mit Systemleistung gesamt 165 kW (225 PS), CVT-Automatikgetriebe, inklusive Metallic-Lackierung und auf Basis eines Aktionspreises von € 34.950,- brutto (€ 29.369,75 netto) zzgl. Überführungskosten, Ford Auswahl-Finanzierung, Laufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 30.000 km, Anzahlung € 5.580,25, Nettodarlehensbetrag € 29.369,75, Sollzinssatz (fest) p. a. 0,00 %, effektiver Jahreszins 0,00 %, Gesamtbetrag € 29.369,75, 35 monatliche Raten je € 249,-, Restrate € 20.654,75.